



Programm
der
FDP Rheinland-Pfalz
zur
Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 06.12.2008 in Ransbach-Baumbach

FDP-Landesverband Rheinland-Pfalz

Am Linsenberg 14 55131 Mainz Tel.: 06131/232541 Fax 06131/233803 Email rlp@fdp.de www.fdp-rlp.de

INHALT	Seite
KOMMUNEN DER ZUKUNFT – ZUKUNFT DER KOMMUNEN	1
LIBERALE WIRTSCHAFTSPOLITIK	
Kommunale Wirtschaftsförderung: Mittelstand stärken - Arbeitsplätze schaffen	10
Verkehrspolitik	13
Entlastung des Bürgers und Stabilisierung der Gemeindefinanzen	16
Demographischer Wandel – eine Herausforderung für Gemeinden und Städte	18
Bauwesen, Raumordnung und Städtebau	20
Kommunaler Umweltschutz	26
Umwelt und Forsten	29
Energiepolitik in den Kommunen	30
Ländliche Räume stärken	33
Tourismus stärken - Arbeitsplätze schaffen	36
BILDUNGSANGEBOTE ALS QUALITÄTSMERKMALE FÜR EINE GEMEINDE	
Bildung und Erziehung auf kommunaler Ebene	37
Hochschulen als Motoren der Zukunftssicherung	42
LIBERALE RECHTS- UND INNENPOLITIK	43
LIBERALE KULTURPOLITIK	47
LIBERALE GESELLSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK	49
LIBERALE SPORTPOLITIK	59
KOMMUNALE SENIORENPOLITIK – SELBSTBESTIMMT LEBEN IM ALTER	63
E-GOVERNMENT ALS TREIBER FÜR VERWALTUNGSMODERNISIERUNG UND BÜROKRATIEABBAU	65
RECHTE DER KOMMUNEN IN EUROPA STÄRKEN	67

KOMMUNEN DER ZUKUNFT – ZUKUNFT DER KOMMUNEN

Die FDP ist seit jeher die Partei der Verwaltungsmodernisierung in Rheinland-Pfalz. Dieser Rolle wird sie auch in der anstehenden Debatte über die Zukunft der Kommunen gerecht werden und sich als Motor für Reformen verstehen, die die Bürgerinnen und Bürger von Kosten entlasten und die Selbstverwaltungskraft der Kommunen nachhaltig stärken.

Seit der letzten Kommunalreform vor nahezu 40 Jahren haben sich die räumlichen, sozialen, demographischen, technologischen und wirtschaftlichen Strukturen sowie die Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz wesentlich gewandelt. Deshalb ist es gerade vor dem Hintergrund der sich weiter verschärfenden Finanzsituation der Kommunen an der Zeit, die Verwaltungsstrukturen und die Aufgabenzuordnung innerhalb der Kommunen vorbehaltlos zu überprüfen, um sie den veränderten Rahmenbedingungen mit dem Ziel anzupassen, zu einem leistungsfähigen Verwaltungshandeln zu gelangen.

Bei allen Überlegungen muss die verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltung der Kommunen gestärkt werden. Das heißt, dass sich die Verwaltung noch mehr als Dienstleister der in Freiheit und Eigenverantwortung handelnden Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen verstehen muss. Nur starke Kommunen können den Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger gerecht werden.

Die rheinland-pfälzische FDP wird sich dafür einsetzen, die kommunalen Verwaltungsstrukturen und Aufgabenzuordnungen auf den einzelnen Ebenen mit dem Ziel zu prüfen, sie, falls notwendig, neu zu ordnen. Die Finanzbeziehungen sollen neu geordnet und die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien noch mehr genutzt werden. Alle Aufgaben sollen dort erledigt werden, wo das am effektivsten geschehen kann.

Um dies zu erreichen, fordert die FDP:

• Eine Verlagerung von Entscheidungskompetenzen und Aufgaben

Die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen haben einen Anspruch auf eine moderne, effiziente und kundenorientierte Kommunalverwaltung. Kreise, Städte und Gemeinden tragen Verantwortung dafür, dass Verwaltungsaufgaben und öffentliche Dienstleistungen kostengünstig und bürgerfreundlich wahrgenommen und erbracht werden.

Die Aufgaben müssen auf der Ebene erledigt werden, auf der das staatliche Handeln die größte Effizienz und Akzeptanz für die Bürgerinnen und Bürger entfalten kann. Unter Beachtung dieses Grundsatzes können Kompetenzen und Aufgaben nach „unten“ auf die Ebene der Kreise und Kommunen verlagert werden.

• Eine konsequente Nutzung vorhandener Privatisierungspotenziale

Kommunale staatliche Aufgaben müssen überprüft werden. Soweit sich ungenutzte Möglichkeiten ergeben, müssen diese durch mehr Privatisierung und Wettbewerb ausgeschöpft werden.

Der staatliche Bereich muss auf seine Kernaufgaben reduziert werden. Diese Aufgaben muss der Staat so bürgernah wie möglich erledigen.

Gleichwohl gibt es auf kommunaler Ebene noch vielfältige Privatisierungspotenziale. Deshalb müssen die Kommunen zeitnah prüfen, ob kommunale Betriebe, wie beispielsweise die der Ver- und Entsorgung oder auch kommunale Bauhöfe, nicht ebenso wirtschaftlich durch

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 Private betrieben werden könnten. Ziel ist es dabei, dass mit der Privatisierung tatsächlich
2 mehr Wettbewerb und nicht neue Monopole entstehen. Dies schafft neue Arbeitsplätze bei
3 den mittelständischen Unternehmen.

4
5 Die Kommunen sollen ihr Privatisierungspotenzial in einem „Privatisierungskataster“
6 systematisch erfassen, unter Nutzung der Informationen aus dem Controlling Möglichkeiten
7 für Privatisierungen darlegen und deren Umsetzung in einem „Privatisierungsfahrplan“
8 festlegen. Dies ist jährlich durch einen Privatisierungsbericht zu veröffentlichen.

9 10 • **Eine Neugestaltung der kommunalen Einnahmen**

11 Die Kommunen brauchen eine solide und konjunkturunabhängige Finanzgrundlage. Diese
12 muss so kräftig sein, dass die Kommunen ihre Aufgaben sachgerecht und angemessen erfüllen
13 können. Die Politik des Bundes und der Länder darf zukünftig nicht mehr zu Lasten der
14 Gemeinden gehen.

15
16 Ein wichtiger Erfolg der FDP war die Umsetzung des Privatisierungsgebots in der rheinland-
17 pfälzischen Gemeindeordnung, wonach die Kommunen nur dann neue Betriebe gründen oder
18 bestehende wesentlich erweitern dürfen, wenn die Aufgaben nicht besser oder kostengünstiger
19 durch Private erfüllt werden können.

20 21 • **Eine Neugestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und** 22 **Kommunen**

23 Das kommunale Kostenbewusstsein nimmt bei hohen Bundes- oder Landeszuschüssen
24 deutlich ab, was sich nachteilig auf das Ausgabenverhalten der Kommunen auswirkt. Deshalb
25 muss das System der Mischfinanzierung auf eine bessere Grundlage gestellt und neu geordnet
26 werden. Ziele müssen eine eindeutigere Zuteilung von Verantwortlichkeiten und mehr
27 Transparenz im Umgang mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger sein. Die
28 Neuordnung der Mischfinanzierung wird die Entscheidungsfreiheit der Kommunen
29 aufgabenbezogen verbessern und damit zu einer Stärkung des Budgetrechts der kommunalen
30 Gremien führen, was letztendlich Einsparungen zur Folge haben wird.

31 32 • **Eine Lockerung der landesrechtlichen Standards und Abbau von Bürokratie**

33 Die Verwaltung muss sich an dem Ziel orientieren: Wie kann eine Aufgabe am schnellsten
34 und kostengünstigsten ausgeführt werden? Zur Umsetzung dieses Ziels muss den Kommunen
35 das Recht eingeräumt werden, landesrechtliche Standards zu unterschreiten, um
36 Investitionskosten zu mindern. Dies würde den Wettbewerb zwischen den Kommunen
37 anstoßen, möglichst effizient zu wirtschaften.

38
39 Derzeit wird zu viel Steuergeld durch Regelungswut und überperfektionistische Ansprüche
40 für teure Standards vergeudet. Deshalb brauchen wir in Rheinland-Pfalz zügig ein
41 umfassendes Standardöffnungsgesetz.

42
43 Gleichzeitig müssen durch den Abbau von Bürokratie die Kommunen finanziell entlastet
44 werden. Dazu müssen Gesetze und Verordnungen auf ihre Notwendigkeit und
45 Angemessenheit sowie auf ihre Regelungsdichte hin überprüft werden. Die Bürgerinnen und
46 Bürger müssen nachvollziehen können, weshalb etwas gesetzlich geregelt werden muss. Die
47 FDP fordert, dass neue Gesetze und Verordnungen nur befristet gelten dürfen und deshalb mit
48 einem „Verfallsdatum“ versehen werden sollen. Zugleich soll eine Beweislastumkehr
49 eingeführt werden. Es ist also nicht mehr der Nachweis zu erbringen, dass eine Maßnahme
50 abgeschafft werden kann, sondern nach Ablauf des Verfallsdatums wird sie außer Kraft
51 gesetzt, es sei denn, der Nachweis weiterer Notwendigkeit kann schlüssig erbracht werden.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47

- **Mehr Transparenz der Verwaltungskosten durch Benchmarking¹**

Wettbewerb ist das zentrale Element, das in der Wirtschaft dazu führt, dass die Unternehmen die Bedürfnisse ihrer Kunden bestmöglich und kostengünstig erfüllen. Im Unterschied zur Wirtschaft kann die Bürgerin oder der Bürger eine Kommunalverwaltung nicht wechseln, wenn er mit deren Service unzufrieden ist oder ihm die Kosten zu hoch erscheinen.

Auch die kommunalen Mandatsträger verfügen nur über wenige aktuelle Informationen, die einen Leistungsvergleich ermöglichen.

Dies gilt auch für Vergleiche im Bereich der kommunalen Finanzstatistik. Unterschiedliche Aufgabenwahrnehmungen z.B. bei Kindergärten oder die Auslagerung von kommunalen Aufgaben in Eigenbetriebe, Gesellschaften oder Zweckverbände bzw. die Delegation von Aufgaben zwischen Gebietseinheiten erschweren den Vergleich kommunaler Finanzen nicht unerheblich. Vor diesem Hintergrund müssen das Land und die kommunalen Gebietskörperschaften über zu vereinbarende Kennzahlen, deren konkrete Abgrenzung, Erfassung und Überprüfung die Voraussetzung für ein Benchmarking kommunaler Produkte und Leistungen schaffen. Die Umstellung von der kameralen Buchführung auf die Doppik bis Ende 2008 bietet mit den umfangreichen Produkthaushalten gute Möglichkeiten für solche Leistungsvergleiche. Darauf aufbauend muss die Gemeindeordnung mit dem Ziel einer flächendeckenden Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung ergänzt werden, um Vergleiche auch für einzelne Leistungen zu ermöglichen. Die Kennzahlen und die Leistungsvergleiche sind im Internet zu veröffentlichen, so dass sich die Bürgerinnen und Bürger ein Bild darüber verschaffen können, wie ihre Kommune im Vergleich zu anderen Kommunen wirtschaftet.

- **Mehr Transparenz für die Bürger bei kommunalen Entscheidungen**

Die in § 46 Abs. 4 GemO bestimmte Ausnahme, dass Ausschusssitzungen, die der Vorbereitung der Beschlüsse des Gemeinderates dienen, nicht öffentlich sind, ist ersatzlos zu streichen.

- **Eine Professionalisierung der kommunalen Verwaltung**

Das Land muss die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass jede kommunale Verwaltungstätigkeit effizient erbracht werden kann. Dazu sind neue Steuerungskonzepte und professionelle Managementmethoden flächendeckend einzusetzen. Insbesondere für die umfangreiche kommunale Leistungsverwaltung sind moderne Organisationsformen und bewährte betriebswirtschaftliche Betreiberkonzepte anzuwenden. Ferner müssen durch eine stärkere gemeinsame Nutzung von Gebäuden über Gemeindegrenzen hinweg Synergieeffekte erreicht werden. Insgesamt ist hier ein erhebliches Einsparpotenzial zu erwarten.

Die Bereitstellung und Bewirtschaftung von Liegenschaften sind für alternative Organisations- und Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen. In diese Prüfung sollen alle mit der Bewirtschaftung der Liegenschaften zusammenhängenden Aufgaben, wie der laufende Betrieb, die Unterhaltung, die Vorbereitung und die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen sowie die Neu- und Erweiterungsbauten und andere Investitionen einbezogen werden.

¹ der ständige Prozess des Strebens eines Unternehmens nach Verbesserung seiner Leistungen und nach Wettbewerbsvorteilen durch Orientierung an den jeweiligen Bestleistungen in der Branche oder an anderen Referenzleistungen

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

• Eine verstärkte Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien

Die Verwaltungen müssen funktional unter Einsatz modernster Informations- und Kommunikationstechnologien im Sinne einer stärkeren Bürgerorientierung organisiert werden (Stichwort „Rathaus-Online“). Dabei darf die stärkere Nutzung der modernen Kommunikations- und Informationsstrukturen aber nicht zu einer emotionalen Entfremdung des Bürgers von der Gemeinde führen. Vielmehr muss die Identifizierung erhalten bleiben. Dies bedeutet: Die Chancen, die aus den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien erwachsen, sind konsequent zu nutzen. So müssen beispielsweise Verwaltungsdienstleistungen wie Kfz-Zulassungen oder die Beantragung eines Personalausweises von zu Hause aus am Bildschirm erledigt werden können. Die IT-Strategien von Verwaltung und Wirtschaft sollen stärker aufeinander abgestimmt werden. Bisher beschränkt sich der Dialog zu sehr auf Verwaltung und IT-Unternehmen, eingebunden werden müssen auch diejenigen, die mit E-Government ihr Produkt oder Dienstleistungsportfolio verbessern können. Es gilt, E-Business- und E-Government-Strategien miteinander zu verknüpfen. Ziel soll es sein, der Wirtschaft Verwaltungsleistungen ohne Medienbruch bereitzustellen.

Diese Entwicklung wird zu neuen Verwaltungsstrukturen und –gliederungen führen, wobei dann auch Aufgaben verlagert und funktionalisiert werden müssen. Letztendlich wird ein derartiger Prozess zu Einsparungen in den kommunalen Haushalten führen.

Für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich moderner Technologien nicht bedienen möchten oder können, muss nach wie vor der persönliche Kontakt mit der Kommune als Dienstleister gewährleistet bleiben. Die Nutzung moderner Kommunikations- und Informationstechnologien darf nicht eine Anonymisierung zur Folge haben. Deswegen sind kommunale „Bürgerbüros“ auch in einer Internetwelt unverzichtbar.

• Eine konsequente Beachtung der demographischen Entwicklung

Die Bevölkerungszahlen sind nach den Modellrechnungen des Statistischen Landesamtes entsprechend der weiteren Entwicklung der Geburtenrate, der Lebenserwartung und des Wanderungssaldos mehr oder weniger stark rückläufig. In jedem Fall ist für das kommende Jahrzehnt mit einem deutlichen Rückgang der 3- bis 6- und der 6- bis 16-jährigen Kinder und einer deutlichen Zunahme der über 75-jährigen Menschen zu rechnen. Darüber hinaus werden die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen mit ihrem Einfluss auf die Geburtenrate und den Wanderungssaldo die weitere Entwicklung der Bevölkerung beeinflussen. Bleibt die Geburtenrate unverändert bei 1,4 und der Wanderungssaldo langfristig ausgeglichen, wird für Rheinland-Pfalz in vielen Kommunen ein deutlicher Rückgang der Bevölkerung und eine weitere Überalterung der Gesellschaft zu verzeichnen sein.

Durch diesen Bevölkerungsschwund auf der einen und die immer älter werdende Gesellschaft auf der anderen Seite ergeben sich auch für viele unserer Städte und Gemeinden viele Probleme. Insbesondere werden diese Veränderungen Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte haben. Die Infrastruktur- und Dienstleistungseinrichtungen wie beispielsweise Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und Altenheime werden Verschiebungen hinsichtlich ihrer Auslastung erfahren. Einerseits müssten sie weiter vorgehalten werden, gleichwohl werden aber auch die kommunalen Einnahmen, bedingt durch den Einwohnerrückgang, drastisch sinken. Gerade in dünn besiedelten Räumen könnte dies zur Folge haben, dass zentrale Dienstleistungseinrichtungen aus Kostengründen nicht mehr aufrecht erhalten und geschlossen werden müssen.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 Dem starken Bevölkerungsrückgang und insbesondere der zunehmenden Überalterung der
2 Gesellschaft muss künftig auf einer breiten politischen und gesellschaftlichen Ebene
3 entgegengewirkt werden. Die vorherzusehende Entwicklung verlangt nach einer noch
4 intensiveren Diskussion über deutliche Verbesserungen zur Förderung von Familien mit
5 Kindern mit dem Ziel der Veränderung der Geburtenrate sowie über eine ausgewogene und
6 gesetzlich gesteuerte Zuwanderung von Ausländern. Auf kommunaler Ebene kann dem
7 möglichen Umfang der demographischen Veränderung auch durch eine attraktive
8 Kommunalpolitik begegnet werden, die insbesondere den Bedürfnissen nach familien- und
9 altengerechten Infrastrukturen Rechnung trägt.

• Eine Förderung von Kooperationsmodellen auf lokaler Ebene (Interkommunale Zusammenarbeit)

10
11 Auf lokaler Ebene muss verstärkt nach Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit von
12 Kommunen gesucht werden. Geprüft werden muss dabei auch, inwieweit dabei öffentliche
13 Einrichtungen gemeinsam genutzt werden können. Denkbar ist auch eine gemeinsame
14 Betreuung und Wartung der durch die Kommunen genutzten Informationstechnologie. Auch
15 beim Brand- und Katastrophenschutz sowie beim Rettungsdienstes ist auf mehr
16 Zusammenarbeit kommunaler Gebietskörperschaften hinzuwirken.

17
18 In Rheinland-Pfalz ist es kein Einzelfall, dass beispielsweise Gemeinden und Städte je ein
19 Wasserwerk oder einen Bauhof mit der entsprechenden Personaldecke vorhalten. Gerade die
20 Personalkosten hierfür sind jedoch nicht mehr länger finanzierbar. Bei verstärkter
21 Zusammenarbeit können enorme Einsparungen erzielt werden, was letztendlich auch bei den
22 Bürgerinnen und Bürgern zu Kosteneinsparungen führt. Deshalb müssen die Möglichkeiten
23 für die freiwillige Kooperation von Kommunen verstärkt gefördert werden. Das Land muss
24 interkommunale Investitionen stärker fördern als die einzelner Kommunen.

• Eine Struktur- und Gebietsreform für Rheinland-Pfalz

25 Die Selbstverwaltungsgarantie stellt nicht nur eine Grenze staatlicher Organisationsgewalt
26 dar, sondern ist zugleich Auftrag an den Gesetzgeber, dem Sinn der
27 Selbstverwaltungsgarantie entsprechend, lebens- und leistungsfähige
28 Selbstverwaltungskörperschaften zu schaffen.

29 Daher fordert die FDP eine Kommunal- und Verwaltungsreform für Rheinland-Pfalz.

30 Diese soll die Kommune in die Lage versetzen modernen Anforderungen an die öffentliche
31 Verwaltung zu entsprechen. Hierzu sind Verwaltungen zu verschlanken, zu modernisieren
32 und ihre Funktionen neu aufzuteilen.

33 Konkret schlägt die FDP vor

- 34 • zu prüfen, inwieweit kreisfreie Städte in die Landkreise überführt werden können,
- 35 • zur Vermeidung von Doppelfunktionen im Falle von kreisangehörigen Städten
36 Verwaltungsaufgaben in einer der beiden Verwaltungen zu konzentrieren,
- 37 • zumindest einen Neuzuschnitt der Verbandsgemeinden,
- 38 • kleine Gemeinden und kleine Landkreise können sich – auf freiwilliger Basis –
39 zusammenschließen oder sich einer oder mehreren benachbarten Gemeinden anschließen.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 Eine vorbehaltlose Überprüfung des derzeitigen Zuschnitts der kommunalen
2 Verwaltungsstrukturen und eine konsequente Aufgabenkritik unter Beachtung der Einspar-
3 und Effizienzsteigerungsgrundsätze ist für die Liberalen ohne Alternative. Die besondere
4 Bindung der Bürger zu ihrer Ortsgemeinde ist dabei zu berücksichtigen, da gerade die
5 Ortsgemeinden für die Identität vor Ort unverzichtbar sind und die Bürgerinnen und Bürger
6 mit ihnen ein Stück Heimat verbinden.
7 Nur dort sind ehrenamtliche Leistungen in beachtenswertem Umfang am besten zu erreichen.
8 Liberale Politik bedeutet eine Stärkung der Ortsgemeinden. Ortsgemeinden stehen dabei
9 verwaltungsmäßig vor immer größeren Herausforderungen. Auch die zeitlichen und
10 fachlichen Anforderungen an die ehrenamtlichen Bürgermeister/-innen nehmen mit diesen
11 Aufgaben weiter zu. Vor diesem Hintergrund und angesichts des demografischen Wandels
12 sollten die Verwaltungsstrukturen und die Bürgernähe in den Gemeinden weiter gestärkt
13 werden. Die FDP spricht sich deshalb dafür aus, den Kommunen mit mehr als 5.000
14 Einwohnern das Wahlrecht zur Bestellung eines (r) hauptamtlichen Bürgermeister/-in
15 einzuräumen.
16
17

Stabile Gemeindefinanzen

Situation der Gemeinden

19
20
21 In vielen Städten und Gemeinden herrscht die blanke Not: Dringend erforderliche
22 Reparaturarbeiten an Schulen, Kindergärten, Sportstätten, Krankenhäusern und Straßen
23 können nicht vorgenommen werden. Gelder für Jugendarbeit werden gestrichen. Büchereien,
24 Sportstätten, Museen und Theater werden geschlossen. Eintrittsgelder für verbleibende
25 kommunale Einrichtungen werden bei verkürzten Öffnungszeiten erhöht.
26 Finanzielle Freiräume für eine aktive und bürgerfreundliche Gestaltung der
27 Kommunalaufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge bestehen in Anbetracht leerer Kassen
28 schon lange nicht mehr. Die kommunale Selbstverwaltung ist gefährdet.
29

30 Das System der Finanzausstattung der Städte und Ortsgemeinden ist zu kompliziert. Neben
31 kleinen eigenen Steuereinnahmen und dem Anteil an der Einkommensteuer erhalten sie
32 Schlüsselzuweisungen vom Land und Zuschüsse zu den verschiedensten Investitionen.
33 Insbesondere die Beantragung von Zuschüssen ist mit einem sehr hohen Verwaltungsaufwand
34 verbunden. Gleichzeitig zahlen Städte und Ortsgemeinden eine Verbandsgemeinde- und
35 zusätzlich eine Kreisumlage. Die Umlagen entsprechen in Rheinland-Pfalz bis fast 90 % der
36 eigenen Einnahmen. Diese Umlagen müssen gesenkt werden. Denn die Menschen und
37 politisch Verantwortlichen vor Ort wissen selbst am besten, wann, wo, wie viel Geld in ihrer
38 Kommune ausgegeben wird.
39
40

Bürokratische und konjunkturanfällige Gewerbesteuer

41 Die Gewerbesteuer ist aber eine im internationalen Vergleich nahezu unbekannt
42 Sonderbelastung für die Unternehmen in Deutschland. Sie wirkt im globalen Markt
43 wettbewerbsverzerrend, weil Exporte belastet und Importe nicht belastet werden.
44 Die Gewerbesteuer ist für die Gemeinden eine besonders wichtige und für viele Gemeinden
45 die Haupteinnahmequelle. Das Aufkommen betrug im Jahr 2001 rund 24,5 Milliarden Euro.
46 Die Gewerbesteuer ist jedoch für die Haushalte der Gemeinden kein berechenbares und
47 stabiles Fundament: Sie ist stark konjunkturabhängig, da nicht zuletzt nach Abschaffung der
48 Gewerkekapitalsteuer zum 1.1.1998 die Gewerbesteuer faktisch zu einer reinen Ertragsteuer
49 geworden ist.
50

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 Die Gewerbesteuer belastet als Sondersteuer für Unternehmen Arbeitsplätze und
2 Investitionen. Sie verkompliziert das Steuerrecht und ist als unkalkulierbare Finanzquelle eine
3 fortwährende Bedrohung der Existenz der Gemeinden. Zentraler Reformansatz ist deshalb die
4 Abschaffung der Gewerbesteuer bei Ausgleich durch eine solide definierte andere
5 Finanzquelle.

Kommunale Finanzen auf solide Grundlage stellen

9 Die Kommunen brauchen eine solide, unbürokratische und konjunkturunabhängige
10 Finanzgrundlage. Diese muss so bemessen sein, dass die Kommunen ihre Aufgaben
11 sachgerecht und angemessen erfüllen können. Die Politik des Bundes und der Länder darf
12 zukünftig nicht mehr zu Lasten der Gemeinden gehen.

13 Die Finanzierung muss dem Grundsatz der Steuergerechtigkeit und Angemessenheit
14 unterliegen.

15 Hierzu bedarf es einer tief greifenden Strukturreform. Voraussetzung für eine solide und
16 gerechte Grundlage ist die Abschaffung der Gewerbesteuer und die Einführung einer
17 Kommunalsteuer, d.h. eines Hebesatzrechts der Gemeinden an der Einkommen- und
18 Körperschaftsteuer und einer angemessene Beteiligung an der vergleichsweise
19 konjunkturunabhängigen Umsatzsteuer.

Landesentwicklungsprogramm IV (LEP IV):

23 Die Landesregierung wird in Kürze das LEP IV als Verordnung erlassen. Alleine die
24 Aufteilung des Landes in Grund-, Mittel- und Oberzentrum sagt schon aus, dass künftig
25 insbesondere die Oberzentren entsprechend gefördert werden. Die Leidtragenden sind die
26 Ortsgemeinden in den Grund- und Mittelzentren, die künftig von der Landesregierung in
27 Zielen vorgeschrieben bekommen, wie weit sie sich in Zukunft entwickeln dürfen. Der
28 Wettbewerb zum Nachbardorf wird ausgeschaltet, Gewerbeansiedlungen grundsätzlich nicht
29 mehr möglich.

30 Die FDP setzt sich für eine Kommunalpolitik ein, die den Menschen in den Ortsgemeinden
31 zugute kommt. Die FDP steht weiterhin für einen Ausbau aller Verkehrsanbindungen und für
32 eine gute Infrastruktur in den Kommunen.

Kernaufgaben einer wirtschaftlichen Verwaltung

36 Die Gesetzesflut, der Leistungsanspruch, der Wunsch und der Drang seit der Entstehung
37 dieses Landes vor 60 Jahren alles so regeln zu wollen, dass es „gerichtsfest“ ist, hat die
38 Bürokratie wuchern lassen, führt zur wirtschaftlichen Ineffizienz, macht eine Verwaltung
39 undurchsichtig, schwerfällig in den Entscheidungen und schafft bei den Bürgerinnen und
40 Bürgern eher Verdruss als Freude.

42 Die Verwaltungsausgaben für unsere sogenannten allgemeinen Verwaltungen in Städten,
43 Kreisen und Gemeinden, betragen in Rheinland-Pfalz 852 Millionen Euro jährlich. Hierin
44 sind noch nicht einmal die vielen Tätigkeiten für abteilungsbezogene Statistiken und
45 Auskunftstellen sowie stelleninterne Verwaltung eingeschlossen (Auskünfte zu Bauvorhaben,
46 Info über Führerscheine, Friedhof, Schneeräumen,). Wenn wir bestrebt wären, nur 30 %
47 der vorgenannten Mittel einzusparen, dann stünden den Universitäten, den Schulen und
48 Weiterbildungseinrichtungen nahezu 300 Millionen Euro jedes Jahr im Land Rheinland-Pfalz
49 zusätzlich zur Verfügung und wir hätten auf nichts zu verzichten.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 Daraus ermittelt sich das Aufgabenspektrum für eine leistungsfähige und kompetente
2 Verwaltung; sie muss die Servicefunktion in Form des Bürgerlotsen, des Bürgerbüros
3 intensivieren. Das bedeutet nicht alles selber zu erledigen, aber zu wissen, wer was macht
4 oder zu machen hat.

5
6 Die Kernaufgabe reduziert sich auf den kompetenten „Gesprächspartner“, den Bürgermeister
7 und Amtsleiter. Ein Serviceleistender in der Verwaltung versteht es, die Aufgaben aus der
8 Bürgerschaft zu formulieren, an die ausführende Stelle / Unternehmen als Auftrag zur
9 Erledigung/Beantwortung zu leiten und dem Bürger zeitnah eine Antwort und die Erledigung
10 zukommen zu lassen.

11
12 Eine Kernaufgabe einer Verwaltung sind die Tätigkeiten zur Erfüllung des Ordnungsrechtes,
13 Gefahrenerkennung und Gefahrenabwehr. Hierzu zählt die Funktion als Kontrollorgan zu
14 wirken und zur verwaltungstechnischen Abwicklung ggfs. sich externer Dienststellen zu
15 bedienen.

16 Zum Beispiel bleiben die Aufgaben für die urkundliche Abwicklung von Bestattungen bei der
17 Gemeinde. Sie ist aber nicht für die operativen Arbeiten der Beisetzung verantwortlich. Oder
18 ein anderes Beispiel: Die Ordnungsbehörden in den Gemeinden. Sie müssen nicht jeden
19 Schmutz beseitigen, auch nicht Schnee räumen, aber sie müssen wissen, wer zu beauftragen
20 ist, den Schmutz zu entfernen.

21
22 Die Kommunen sind allerdings auch Informant und Kontrolleur dafür, ob eine zuständige
23 Institution wie zum Beispiel der Regionalkreis Planungsleistungen umfassend erfüllt und
24 Prioritäten richtig gesetzt hat und welche Mittel der Kommune zur weiteren Auftragserteilung
25 zur Verfügung stehen.

26
27 Die Finanzhoheit der Kommune bleibt eigenverantwortlich bei der Gemeinde. Ihre
28 Ratsmitglieder bestimmen in Selbstverwaltung und Selbstverantwortung das
29 finanzwirtschaftliche Handeln.

Bildung ist Zukunft

30
31
32 Auch zukünftig wird bei der FDP die Bildungspolitik ein Schwerpunkt sein. Dies gilt für
33 Kindergärten, Schulen, berufliche und nebenberufliche Bildungseinrichtungen sowie für
34 Universitäten und Fachhochschulen. Nur so haben wir die Chance, den Lebensstandard
35 unserer Gesellschaft zu erhalten und weiter zu verbessern. Versäumte Ausgaben für die
36 Bildung führen zu einem Mehrfachen an Kosten in der Gesellschaft. Die Zusammenarbeit von
37 Politik, Verwaltungen, Bildungseinrichtungen und Wirtschaft ist unerlässlich.

38 Auf kommunaler Ebene geht es vor allem um die Förderung der Kinder bereits in den
39 Kindergärten, um eine gute Ausstattung unserer Schulen und die Verbesserung des
40 Ganztagsangebotes. Alle Schulstandorte sind nach Möglichkeit zu erhalten und zu stärken,
41 dabei können wir als FDP die Erfahrungen vor Ort in die Landespolitik einbringen.
42 Weiterhin ist zu überdenken, wie weit positive Erfahrungen der "Montessori"- Pädagogik
43 unser Bildungssystem ergänzen können.

44 Die Einrichtung von Ganztagschulen ist weiterhin zu fordern und zu fördern. Die
45 Ganztagschule ist nicht nur eine staatliche Einrichtung, sie kann durch das verstärkte
46 Einbeziehen von ortsansässigen Vereinen und Gruppen ein noch besser ausgebautes Konzept
47 erhalten

48
49 Die Sprachförderung in den Kindergärten muss weiter ausgebaut werden und darf nicht bei
50 Verlassen des Kindergartens aufhören, sondern muss in der Grundschule integrierbar sein.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 Die Sprachförderung soll ein pädagogisches sinnvolles Gesamtkonzept sein und darf nicht
2 einer finanziellen Deckelung unterworfen werden.

3 Die Öffnungszeiten des Kindergartens und die Ganztagschule sollen mit Familie und Beruf
4 vereinbar sein. Die Familie soll jedoch den Vorrang vor staatlichen Erziehungsstrukturen
5 haben.

6
7

Kultur

9 Kultur ist nicht einfach eine Angelegenheit, die nebenbei erledigt werden kann, sondern ein
10 wichtiger Bestandteil des Selbstverständnisses einer Region und ein besonderes
11 Integrationsmittel. Deswegen wünschen wir, der Kultur ein besonderes Gewicht durch die
12 Einrichtung eines eigenständigen Ausschusses "Kultur" zuzuerkennen.

13
14

Förderung der Vereine

16 Die örtlichen Vereine sind heute in besonderem Maße Ansprechpartner für die Jugendlichen,
17 tragen erheblich zur Integration und zum Gemeinsinn bei und fördern das Gemeinwesen im
18 Sinne ihres Vereinszwecks. Sie leisten wertvolle Arbeit. Wir werden die örtlichen Vereine
19 auch in Zukunft weiter unterstützen und bitten diese, Kooperationen mit den Schulen
20 einzugehen.

21
22

Integration

24 Ein besonderes Augenmerk sollte die kommunale Arbeit hinsichtlich der Integration
25 benachteiligter Menschen haben. Es geht dabei nicht nur um die Integration zugewanderter
26 Menschen, sondern auch um die Integration behinderter Menschen und Menschen, die
27 gesellschaftlich am Rande stehen, in unsere Gemeinschaft. Ein entsprechendes Netzwerk, das
28 diese Menschen betreut, ist zu fördern.

29
30

Beteiligung von Jugendlichen in der Politik

32 Kinder und Jugendliche müssen als künftige Bürger zu einem demokratischen Verständnis
33 geführt werden. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Politik bei ihren Entscheidungen die
34 Interessen und Rechte von Kindern und Jugendlichen – auch im Sinne der
35 Generationengerechtigkeit - verstärkt berücksichtigt. Mit § 56b GemO bzw. § 49c LKO
36 besteht bereits eine gesetzliche Grundlage für die Einrichtung eines Jugendparlamentes. Die
37 FDP wirbt nachdrücklich für die Einführung von Jugendparlamenten.

38
39

LIBERALE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Kommunale Wirtschaftsförderung: Mittelstand stärken - Arbeitsplätze schaffen

Neue Arbeitsplätze lassen sich nicht staatlich anordnen, sondern können nur in und mit der Wirtschaft geschaffen werden. Die FDP setzt dabei vor allem auf den Mittelstand. Er hat gezeigt, dass er nicht nur den mit Abstand größten Anteil der Arbeitsplätze stellt, sondern dass diese Arbeitsplätze selbst in Zeiten konjunktureller Schwankungen die sichersten sind. Gleichzeitig bietet der Mittelstand auch noch das Gros der gewerblichen Ausbildungsplätze. Die Schaffung neuer und den Erhalt bestehender Arbeitsplätze zu unterstützen ist eine der wichtigsten Aufgaben kommunaler Wirtschaftsförderung.

Derzeit stehen Kommunen im Wettbewerb mit allen Kommunen und Regionen, dies wird dem zunehmend internationalen Wettbewerb nicht mehr gerecht. Wirtschaftsförderung muss sich dynamisch dem Wettbewerb und den allgemeinen Entwicklungen anpassen um wirken zu können. Die FDP spricht sich daher für die Schaffung regionaler Zusammenschlüsse auf freiwilliger Basis in der Wirtschaftsförderung aus. Insbesondere in der Standortwerbung ist eine regionale Zusammenarbeit anzustreben. Für die überregionale, nationale und internationale Vermarktung sollten dabei die Stärken einer Region zusammenhängend und koordiniert präsentiert werden. So können die Wirtschaftsförderungsmittel in diesem Aufgabenfeld effektiver eingesetzt werden. Beispiele dafür sind die verschiedenen Initiativen in den Regionen Trier Luxemburg, Mannheim Ludwigshafen und Mainz Rhein Main.

Jeder Investor hat eine Vielzahl von Standorten zur Auswahl. Er wird sich für den Standort entscheiden, der ihm den besten Start verspricht und gleichzeitig möglichst langfristig die besten Entwicklungsperspektiven bietet.

Deshalb fordert die FDP:

- die schnelle, unbürokratische Genehmigung bei Neuansiedlungs- und anderen Investitionsvorhaben durch Verwaltungen und Behörden, durch Einrichtung von Servicecentern in der kommunalen Verwaltung. Diese „Anlaufstellen für Anliegen aller Art“ nehmen alle Anträge von Unternehmen und Betrieben an und sorgen für eine koordinierte Bearbeitung durch alle zuständigen Fachdienststellen. Der Antragsteller hat im gesamten Verfahren einen Ansprechpartner, der für ihn die internen Verwaltungsvorgänge als Dienstleister koordiniert;
- den weiteren Ausbau der Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur,
- die Erhaltung der Investitionsfähigkeit der Kommunen,
- Transparenz und Verlässigkeit der kommunalpolitischen Zukunftsplanung,
- den Erhalt und Ausbau „weicher“ Standortfaktoren wie z. B. ein reiches Kulturleben, optimale Schulangebote und hochwertige Freizeitmöglichkeiten.
- ein zeitgemäßes Angebot zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 Darüber hinaus

- 2
- 3 • muss die Revitalsierung unserer Innenstädte verstärkt vorangetrieben werden, wozu ein
4 attraktives Parkraumprogramm beiträgt, z.B. durch die Ausweisung von mehr
5 Parkplätzen. Liberale Kommunalpolitik wird dazu beitragen, die Funktionsmischung an
6 gewachsenen, innerstädtischen Einzelhandelsstandorten zu bewahren und zu fördern;
7
 - 8 • muss, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, für mehr Bildung und
9 Ausbildung gesorgt werden. Daher fordert die FDP die Anpassung der Schul- und
10 Berufsschulausstattung an die sich ständig ändernden beruflichen Anforderungen,
11 insbesondere die modernen Kommunikationstechniken. Hierbei fordert die FDP die
12 weitere Unterstützung der Kommunen als Schulträger durch das Land, damit die Schulen
13 mit moderneren Lehr- und Unterrichtsmitteln ausgestattet werden können. Weiter sind
14 Sponsoring und Kooperationen mit der ausbildenden Wirtschaft anzustreben. In der
15 aktuellen Schuldebatte müssen die Bedürfnisse der Wirtschaft einen größeren Stellenwert
16 bekommen.
 - 17
 - 18 • sollte den Betrieben in den Kommunen eine bessere Mitwirkungsmöglichkeit bei der
19 Wahrnehmung kommunaler Aufgaben eingeräumt werden.
20
21

Vitalisierung der Orts- und Stadtkerne

22 Liberale Kommunalpolitik muss vorrangig Anstrengungen unterstützen, funktionierende und
23 lukrative innerstädtische und innerörtliche Standorte des Einzelhandels, des Handwerks und
24 der freien Berufe zu sichern, zu fördern und zu verbessern, dies kann auch mit Hilfe von
25 öffentlich und privaten Partnerschaften geschehen. Die gemeindlichen Aufgaben betreffen
26 Ordnungsmaßnahmen, Aspekte der Dorferneuerung und Stadtentwicklung, die Verbesserung
27 der innerörtlichen Verkehrssituation zugunsten der Verbraucher wie der Unternehmen, den
28 Abbau von Regularien und den Rückbau von Verwaltungs- und Genehmigungshürden.
29
30

Bekämpfung illegaler Beschäftigung

31 Die Senkung der Steuer- und Abgabenlast ist ein wirkungsvolles Instrument zur Bekämpfung
32 der Schwarzarbeit. Hier ist der Bund dringender denn je gefordert, durch Schaffung eines
33 einfachen Steuersystems mit niedrigeren Steuern endlich die richtigen Anreize für den ersten
34 Arbeitsmarkt zu geben.
35
36

37 Dennoch bleibt die illegale Beschäftigung für die Liberalen ein arbeitsmarktpolitisches,
38 steuerrechtliches und strafrechtliches Problem mit kontinuierlich ansteigender Tendenz.
39 Die FDP fordert insbesondere Kreise und Kommunen auf - als öffentliche Bauherren und als
40 Aufsichtsbehörden - konsequent gegen illegale Beschäftigungen vorzugehen.
41
42

Bekämpfung der Korruption

43 Auch in öffentlichen Verwaltungen kommt Korruption vor.
44
45

46 Deshalb fordert die FDP:
47
48

- 49 • Bei sämtlichen Projektbekanntmachungen (das sind öffentliche und beschränkte
50 Ausschreibung sowie freihändige Vergabe) der öffentlichen Hand dürfen keine Kriterien
51 angesetzt werden, die für die Vergabe nicht relevant sind.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1
2
3
4

- Öffentliche Ausschreibungen, bei denen vergabefremde Kriterien vorausgesetzt wurden, sollen generell anfechtbar sein.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 Verkehrspolitik

2

3 Grundsätze

4

5 Mobil zu sein ist ein menschliches Grundbedürfnis.

6 In der offenen Gesellschaft eröffnet Mobilität einen Raum der Freiheit für die Bürger.

7 In der sozialen Marktwirtschaft ist Mobilität eine Voraussetzung für den Erfolg von
8 Unternehmen.

9

10 Alle Prognosen sagen, dass Personen- und Güterverkehr weiter wachsen werden. Eine
11 leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur bleibt deshalb eine Hauptaufgabe der Politik auf allen
12 Ebenen. Alle Verkehrsträger müssen daher ihren spezifischen Beitrag zur verträglichen
13 Bewältigung dieses Verkehrszuwachses leisten.

14

15 Die FDP richtet ihre Politik auch auf der kommunalen Ebene dabei an folgenden Grundsätzen
16 aus:

17

18 - Sicherung der Mobilität für Alle zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

19 - Freie Wahl des Verkehrsmittels durch Bürger und Unternehmen

20 - Berücksichtigung der Belange mobilitätsbeeinträchtigter Menschen

21 - Schutz der Umwelt vor vermeidbaren Belastungen

22 - Verbesserung der Verkehrssicherheit

23 - Vernetzung der Verkehrsträger zur optimalen Nutzung der jeweiligen Stärken

24 - Stärkung des Nahverkehrs bei wirtschaftlichem Mitteleinsatz

25

26 Diese Grundsätze sind wesentlich für eine verantwortungsbewusste Verkehrspolitik. Mit
27 Unterstützung von Land und Bund ist diese Politik in den Kreisen und Gemeinden von
28 Rheinland-Pfalz zu verwirklichen.

29

30 Bestrebungen aus Brüssel, immer stärker in die kommunale Verkehrspolitik hineinzureden,
31 erteilt die FDP eine Absage.

32

33

34 Demographische Entwicklung

35 Die demographische Entwicklung wird sich in den nächsten Jahrzehnten in den einzelnen
36 Teilen des Landes Rheinland-Pfalz unterschiedlich auswirken. Um die Attraktivität von
37 Regionen, Landkreisen, Städten und Gemeinden für Bürger und Wirtschaft auch zukünftig zu
38 gewährleisten, sind gut ausgebaute Verkehrswege und bedarfsgerechte Angebote notwendig,
39 die den unterschiedlichen Anforderungen gerecht werden. Dünn besiedelte und
40 strukturschwache Räume dürfen nicht abgehängt werden.

41

42

43 Öffentlicher Personennahverkehr

44 Liberale Verkehrspolitik will den ÖPNV sowohl in den Städten als auch in den ländlich
45 strukturierten Regionen so attraktiv gestalten, dass er von den Bürgern als echte Alternative
46 angesehen wird.

47

48 Für einen attraktiven ÖPNV, der sich an den Verkehrsbedürfnissen der Bürger orientiert, ist
49 die enge Zusammenarbeit zwischen Städten, Landkreisen und Gemeinden mit
50 flächendeckenden Tarif- und Verkehrsverbänden auch länderübergreifend notwendig. Die
51 zunehmenden Verkehrsverflechtungen erfordern darüber hinaus eine Zusammenarbeit der

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 Verbünde, z.B. durch Übergangstarife. Ein Einheitsverbund für das Land Rheinland-Pfalz
2 wird den regionalen Gegebenheiten im Land nicht gerecht. Die FDP lehnt solche
3 Überlegungen deshalb ab.

4
5 Moderne Bahnhöfe und Haltepunkte sind neben einem bedarfsgerechten und vertakteten
6 Verkehrsangebot wichtige Erfolgsfaktoren im öffentlichen Personennahverkehr. Die FDP tritt
7 darüber hinaus dafür ein, die Fahrgäste mit neuen Techniken besser und schneller zu
8 informieren.

9
10 An Bahnhöfen, insbesondere in ländlichen Regionen, sollten Park & Ride Parkplätze und
11 Abstellmöglichkeiten für Fahrräder zur besseren Vernetzung der unterschiedlichen
12 Verkehrssysteme eingerichtet werden.

13
14 Der maßgeblich von der FDP entwickelte und durchgesetzte Rheinland-Pfalz-Takt ist ein
15 Erfolgsmodell und bleibt das Rückgrat des ÖPNV im Land.

16
17 Die FDP fordert

- 18
19 • die weitere Verbesserung der Angebote im Rheinland-Pfalz-Takt. Dabei sollen die
20 rheinland-pfälzischen Zentren durch leistungsfähige Regionalschnellverkehre
21 verbunden, das Angebot der Regionalbahnen optimiert und noch bestehende
22 Angebotslücken geschlossen werden. Dies stärkt die Attraktivität der an die Schiene
23 angebandenen Städte und Kreise und entlastet das Klima und die Umwelt. Zugleich
24 muss die Wirtschaftlichkeit des Rheinland-Pfalz-Takts ständig überprüft werden,
25
- 26 • die Einrichtung leistungsfähiger Regio-Buslinien, wo das Schienennetz nicht dicht
27 genug ist. Notwendig ist dabei die intensive Vertaktung der Buslinien und deren
28 Anbindung an den Schienenverkehr mit kurzen Umsteigezeiten.
- 29
30 • neue Angebotsformen, z.B. Rufbussysteme, Ruftaxis, Bürgerbusse sowie neue
31 Modelle der Mitnahme im Individualverkehr zur Sicherung einer nachfragegerechten
32 und attraktiven Gestaltung im ländlichen Raum, auch mit Blick auf die
33 demographische Entwicklung.
- 34
35 • keine weiteren Kürzungen der Regionalisierungsmittel des Bundes, da die
36 Aufgabenträger für eine solide und verlässliche Finanzmittelausstattung benötigen.
- 37
38 • wirtschaftliche Lösungen im ÖPNV.
- 39
40 • die Privatisierung kommunaler Verkehrsbetriebe, wenn dies zu einem verbesserten
41 Verkehrsangebot zu geringeren Kosten führt.

Kommunale Straßen und Verkehrssicherheit

42
43
44 Der Zustand unserer Straßen ist auch ein Zeichen für den Zustand unseres Gemeinwesens.
45 Die FDP tritt dafür ein, die Straßen in den Kommunen und Städten besser zu erhalten und
46 auszubauen. Hier ist auch das Land gefordert, Städte und Kreise bei der Erfüllung dieser
47 Aufgabe zielgerichtet und kooperativ zu unterstützen.

48
49
50 Erforderlich ist aus Sicht der FDP ein Sonderprogramm „Kommunaler Straßenbau“ von
51 Kommunen und Land, um den Erhaltungsrückstand abzubauen.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47

Vor allem Handel und Gewerbe in den Innenstädten brauchen auch in Zukunft moderne Fußgängerzonen und eine leistungsfähige innerstädtische Verkehrsinfrastruktur, um für ihre Kunden attraktiv und erreichbar zu bleiben.

Einzelhandel, Gewerbe und Handwerk sollen wieder verstärkt in den Kernbereichen der Städte und Gemeinden ansiedeln können. Sie müssen dabei im Warenverkehr erreichbar bleiben. Der Neubau auf der „grünen Wiese“ ist unter Umwelt- und Siedlungsaspekten meist problematischer und belastender.

Eine City-Maut lehnt die FDP als moderne Form der Wegelagerei ab.

Im Unterschied dazu kann auf kommunaler Ebene privat finanzierter Straßenbau für Brücken und Bauwerke notwendig sein. Die dazu erforderlichen gesetzlichen Grundlagen müssen geschaffen werden.

Mehr Verkehrssicherheit in Kreisen und Gemeinden ist eine wichtige andauernde Aufgabe. Ein attraktiveres Wohnumfeld und höhere Verkehrssicherheit in den Kommunen sind durch Verkehrsberuhigung und auf reine Wohngebiete begrenzte Tempo 30-Zonen erreichbar. Die betroffenen Bürger sind von Anbeginn in die Planung einzubeziehen.

Die Hauptverkehrsströme sind auf leistungsfähige und verkehrssichere Straßen zu bündeln: diese sind bedarfsgerecht auszubauen.

Durch Bau von Umgehungsstraßen und Rückbau der vom Durchgangsverkehr entlasteten Ortsdurchfahrten werden die Ortskerne entlastet und die Wiederherstellung des historischen Ortsbildes ermöglicht. Dies ist von besonderer Bedeutung für die Fremdenverkehrsgemeinden.

Von großer Bedeutung für die kommunale Verkehrspolitik ist ein gut ausgebautes und sicheres Fuß- und Radwegenetz. Dies gilt vor allem mit Blick auf Kinder und deren Wege zum Kindergarten und zur Schule. In gleicher Weise ist den Bedürfnissen älterer Menschen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen durch möglichst barrierefreie Wege Rechnung zu tragen.

Verkehrskontrollen sind notwendig für eine bessere Verkehrssicherheit. Verkehrsüberwachung darf aber nicht als kommunale Einnahmequelle missbraucht werden.

Verkehrsmanagement

Ein modernes Verkehrsmanagement mit elektronischer Leittechnik vermeidet Lärm und Abgase und entlastet damit Bürger und Umwelt. Die Liberalen fordern darum insbesondere mehr Verkehrsbeeinflussungsanlagen, optimierte grüne Wellen, Parkleitsysteme und verbesserte Verkehrsinformationen auch für eine gezielte Verkehrsmittelwahl. Diese moderne Politik spart Kosten und Zeit und ist bürgerfreundlicher als die ideologisch motivierte Anti-Autopolitik anderer Parteien.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 Entlastung des Bürgers und Stabilisierung der Gemeindefinanzen

2
3 Die steigenden Steuereinnahmen sollten genutzt werden, um die Finanzierung der Gemeinden
4 endlich auch langfristig zu stabilisieren, einer weiteren Verschuldung entgegenzuwirken und
5 die vorhandene zurückzuführen. Dazu gehört die Ersetzung der
6 Einkommensteuerzuweisungen von Bund und Land durch eine unmittelbar von der Gemeinde
7 zu erhebende Einkommensteuer, die entsprechend den kirchlichensteuerlichen Regelungen als
8 gemeindlicher Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben wird; die einzelne Gemeinde kann
9 über ihren Zuschlagsatz entscheiden. Der Bund ermäßigt seine Einkommensteuer, so dass
10 eine Zusatzbelastung des Bürgers ausgeschlossen ist. Im Ergebnis wird damit der bewährten
11 schweizerischen Gemeindeeinkommensbesteuerung gefolgt, wobei der Vollzugaufwand
12 durch die Ausgestaltung als reine Zuschlagssteuer geringer ausfällt.

13
14 Die Gewerbesteuer wird in diese Gemeindeeinkommensteuer integriert. Damit wird ein
15 gewichtiges Hemmnis insbesondere für investitionsabhängige und damit standortgebundene,
16 sichere Arbeitsplätze beseitigt.

17
18 Zugleich werden die gemeindlichen Haushalte gegen konjunkturbedingte Schwankungen des
19 Einkommensteueraufkommens durch eine stärkere Beteiligung der Gemeinden an der wenig
20 konjunkturabhängigen Umsatzsteuer abgesichert. Der Umsatzsteueranteil der einzelnen
21 Gemeinde wird vorrangig nach Anzahl und Lohnsumme der gewerblichen Arbeitsplätze
22 verteilt, soweit die Gemeinden sich nicht auf eine andere Verteilung einigen.

23
24 Eine solche Reform der Gemeindefinanzierung muss mit einer strengen Zuordnung der
25 Kosten zu den einzelnen öffentlichen Aufgaben verbunden werden. Das gewährleistet, dass
26 bei der gemeindlichen Abwicklung von bundes- oder landesweiten Aufgaben den Gemeinden
27 die damit verbundenen Kosten erstattet werden (Konnexität). Nur mit dieser Konnexität lässt
28 sich vermeiden, dass Bund und Länder den Gemeinden weiterhin die Kosten überregionaler
29 Maßnahmen aufhalsen und ihnen letztlich die Erhöhung der lokalen Hebesätze bzw. ihres
30 Einkommensteuerzuschlags aufzwingen. Die saubere Abgrenzung der Kosten zwischen Bund
31 und Land einerseits und Gemeinden andererseits erfordert die Einführung moderner
32 betriebswirtschaftlicher Steuerungssysteme wie Controlling und Benchmarking. Eine solche
33 Modernisierung würde zugleich zu größerer Sparsamkeit und Kosteneffizienz in den
34 Gemeinden beitragen.

35
36 Diese Neuordnung der Gemeindefinanzierung gewährleistet zugleich, dass über den Hebesatz
37 der Gemeindeeinkommensteuer die Lasten der auf Gemeindeebene beschlossenen. Maßnahmen
38 von den Bürgern dieser Gemeinde in fairer Weise finanziert werden. Ein solch klare
39 Zuordnung von politischen und finanziellen Verantwortlichkeiten zu Bund, Ländern und
40 Gemeinden versachlicht und erleichtert schließlich jede kommunalpolitische Debatte über
41 gemeindliche Maßnahmen und die mit ihnen verbundenen Kosten. Sie verleiht letztlich dem
42 grundgesetzlich vorgegebenen gemeindlichen Hebesatzrecht die erforderliche
43 demokratietragende Bedeutung.

44 Festsetzung von Umlagen nach Einführung der kommunalen Doppik

45
46 Das Landesgesetz zur Einführung der Kommunalen Doppik verpflichtet nach Auffassung der
47 Landesregierung eine Gemeinde sowohl den Ergebnis- als auch den Finanzhaushalt
48 auszugleichen. Bei Haushalten, deren Einnahmen im wesentlichen auf Umlagen beruhen
49 (Verbandsgemeinden, Kreise, Bezirksverband der Pfalz), kann dies zur Folge haben, dass die
50 Verbandsgemeinde-, Kreis- oder Bezirksumlage unter Umständen wesentlich erhöht werden
51 muss, um einen Haushaltsausgleich erzielen zu können. Die Ursachen liegen im wesentlichen

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 darin, dass der Ergebnishaushalt nach der kommunalen Doppik Aufwendungen enthält, die
2 erst zu einem späteren Zeitpunkt zu Ausgaben führen. Finanzschwache Gemeinden müssen
3 unter Umständen Schulden machen, um die Verbandsgemeinde- und Kreisumlagen zu
4 finanzieren, während bei den Verbandsgemeinden und Kreisen ein Vermögensaufbau zu
5 Lasten der umlageverpflichtenden Gemeinden stattfindet. Auf längere Sicht wird dieses
6 Ungleichgewicht zwar beseitigt, in den nächsten Jahren muss dies jedoch bei der
7 Haushaltsgenehmigung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD)
8 berücksichtigt werden.

9

10 Deshalb fordert die FDP:

11

12 Die ADD muss den Haushalt einer umlageberechtigten Gebietskörperschaft auch dann
13 genehmigen, wenn er ohne Berücksichtigung der Abschreibungen auf das
14 Sachanlagevermögen ausgeglichen wäre.

15

Demographischer Wandel – eine Herausforderung für Gemeinden und Städte

Erfreulicherweise werden die Menschen in unserem Land immer älter und können weit länger aktiv am beruflichen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Noch erfreulicher: Viele ältere Menschen können das Alter genießen. Sie sind geistig und körperlich oftmals in weit besserer Verfassung als ihre Altersgenossen vor 100 Jahren und behalten weit länger die Fähigkeit, aktiv am Leben, sei es im Beruf oder allgemein am sozialen Leben in ihrem Umfeld teilzunehmen.

Diese gute Entwicklung für den Einzelnen führt dazu, dass die Zahl der älteren Menschen weiter steigt.

In Rheinland-Pfalz wird ihr Anteil bis 2050 deutlich zunehmen (über 65-Jährige von 20 auf 33%), während die Zahl junger Menschen drastisch abnimmt (unter 20-Jährige von 21 auf 16%). Gleichzeitig ist mit einem Rückgang der Bevölkerung um insgesamt rund 15% zu rechnen (Statistisches Landesamt, mittlere Variante).

Die eigentliche Herausforderung des demografischen Wandels, die Überalterung der Gesellschaft, lässt sich nur sehr langfristig über einen deutlichen und nachhaltigen Anstieg der Geburtenrate lösen. Die Zuwanderung junger und qualifizierter Menschen kann allenfalls den Bevölkerungsrückgang abmildern sowie den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme entlasten. Anzumerken ist jedoch, dass andere europäischen Länder vor vergleichbaren demografischen Herausforderungen stehen. Mittelfristig umkehrbar ist der demographische Wandel nicht.

Insbesondere für die Gemeinden in Rheinland-Pfalz entsteht für die kommenden Wahlperioden Handlungsbedarf. Dort werden Krippen- und Grundschulplätze gesucht sowie altengerechte und familienfreundliche Infrastrukturen nachgefragt. Leerstehende Gebäude erfordern neue Planung.

Auf die Gemeinden werden durch den demografischen Wandel zusätzliche finanzielle Lasten zukommen.

Kooperationen zwischen einzelnen Gemeinden werden deshalb immer notwendiger.

Die FDP setzt sich auf allen politischen Ebenen für folgende Punkte ein:

- Die Gemeinden müssen im Zuge der geplanten Gebiets- und Verwaltungsreform in ihrer direkten Verantwortung für ihre Bürgerinnen und Bürger weiter gestärkt werden. Dazu sollen die Zuständigkeiten für Kindergärten und Grundschulen grundsätzlich auf der Ebene der Ortsgemeinden verbleiben. Dabei sind Kooperationen, Zweckverbände oder im Einzelfall die Übertragung von Aufgaben auf Verbandsgemeinden nicht auszuschließen.
- Bei der Sicherstellung, dem Ausbau oder Neubau von privaten, betrieblichen oder kommunalen Einrichtungen für Kinder sind Kooperationsmodelle in die Überlegungen einzubeziehen, Gemeindegrenzen sollten bei der Realisierung eine nachrangige Rolle spielen.
- Betreuungsangebote für Kinder und ältere Menschen dürfen nicht nur auf institutionelle Einrichtungen reduziert werden. Private Angebote muss das Land als gleichwertig unterstützen. Sie müssen sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientieren und nicht an den Interessen der Träger:

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 **Die FDP fordert die gleichwertige Berücksichtigung privater Träger etwa durch**
2 **Vergabe von Leistungsgutscheinen.**

3

4 • Zur Sicherstellung eines zunehmenden Bedarfs an qualifizierter Betreuung hilfsbedürftiger
5 Menschen ist die Ausbildung von Fachkräften in den Dienstleistungs- und Pflegeberufen
6 weiter zu verbessern. Das schließt auch Bildungsmaßnahmen zur Qualifizierung
7 pflegender Angehöriger ein.

8

9 • Der ländliche Raum muss durch eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur gestärkt
10 werden, das gilt für den Individualverkehr ebenso wie für den ÖPNV.

11

12 Die FDP in Rheinland-Pfalz wird auch zukünftig Programme und Gesetzesinitiativen darauf
13 hin überprüfen, ob sie die Folgen des demografischen Wandels angemessen berücksichtigen.

14

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

Bauwesen, Raumordnung und Städtebau

Die drängenden Zukunftsaufgaben

Die FDP will, dass landesweit auch bei den zu erwartenden demografischen Verwerfungen eine Grundversorgung der Bürger in allen Landesteilen mit wesentlichen staatlichen Leistungen der Daseinsvorsorge erhalten bleibt. Damit Einrichtungen der Daseinsvorsorge mit vertretbarem finanziellem Aufwand betrieben werden können, müssen Gemeinden - insbesondere in strukturschwachen Regionen - in überlebensfähiger Größenordnung gestärkt werden.

Die Ziele und Grundsätze des bereits im Jahre 1995 als Landesgesetz beschlossenen Landesentwicklungsplanes (LEP) sind bezüglich der städtebaulichen Entwicklung nach wie vor noch nicht vollständig abgearbeitet. Die FDP will deshalb vorzugsweise solche Gemeinden landespolitisch unterstützen, die der Zersiedelung ihres Gebiets entgegenwirken, indem sie durch ein straffes Flächenmanagement der Nutzung von Brachflächen und der Erneuerung und Verdichtung des Baubestandes den Vorzug vor der Ausweisung neuer Baulandflächen geben, wie dies im Landesentwicklungsplan (LEP) vorgesehen ist. Das Landesentwicklungsprogramm LEP IV ist bei der FDP auf große Kritik gestoßen. Die FDP kritisiert vor allen Dingen, dass die Entwicklungsziele im LEP IV von der Landesregierung diktiert wurden. Dabei wurden parlamentarische Grundsätze missachtet und kommunale Kompetenzen außen vor gelassen. Den Gemeinden und Städten und ihren Bürgerinnen und Bürgern wurde dieses Programm aufgezwungen. Die FDP lehnt daher das Landesentwicklungsprogramm in seiner derzeitigen Fassung ab.

Interkommunale Zusammenarbeit

Der demografische Wandel verschärft einen bereits heute spürbaren Wettbewerb der Gemeinden um Gewerbeansiedlungen und Einwohner, der vielerorts mit subventionierten Angeboten bei Grundstücken und vielgestaltigen verdeckten Anreizen ruinöse Züge trägt. Die FDP bekennt sich zur Garantie der kommunalen Selbstverwaltung. Die den kommunalen Entscheidungsträgern zustehenden Planungs- und Gestaltungsinstrumente müssen aber im wohlverstandenen Eigeninteresse aller Nachbargemeinden zum größten Gesamtnutzen führen. Die FDP will daher, dass im Bereich des kommunalen Planungsrechts neben der bereits vorhandenen Regionalplanung rechtliche Möglichkeiten zur Gründung von Planungs- bzw. Umlandverbänden – gegebenenfalls auch länderübergreifend - geschaffen werden, die die Zusammenarbeit und möglichst einvernehmliche Abstimmung bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen, Bebauungsplänen und auch bei der Investitions- und Ansiedlungspolitik zur Pflicht machen. Die Organisation mehrerer Kommunen in aufgabenorientierten Zweckverbänden ist hierzu ein probates Mittel. Was für Wasser, Abwasser und Müll gilt, muss auch für Planungen gelten. Auf kommunaler Ebene setzt sich die FDP dafür ein, dass durch eine Kooperation von Nachbargemeinden gemeindliche Bauvorhaben wie bspw. Sportstätten und Turnhallen auch auf ein einzelnes Objekt auf einen Standort reduziert werden, um einerseits eine optimale Auslastung und andererseits eine größtmögliche Schonung der öffentlichen Kassen zu erreichen.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

Dorf- und Stadterneuerung

Zusammenarbeit des Landes mit den Kommunen und gemeinsame Verantwortung

Sollen die Innenstädte nicht veröden, müssen sie für Wohnen und Gewerbe, Handel, Handwerk, die freien Berufe und den übrigen Dienstleistungsbereich gleichermaßen attraktiv bleiben.

Die FDP will die Förderung von städtebaulichen Konzepten, die der Verödung der Innenstädte entgegenwirken, damit diese insbesondere für Familien und Senioren attraktiv bleiben.

Die kommunale Selbstverwaltungsgarantie ist ein Freiheitsrecht der Kommunen. Freiheit bedeutet stets auch Verantwortung. An die Entscheidungsträger in den kommunalen Gremien (Gemeinde-, Verbandsgemeinde- und Stadtrat) ist zu appellieren, die ihnen im Zusammenhang mit der Selbstverwaltungsgarantie zustehenden Freiheits- und Gestaltungsrechte maß- und verantwortungsvoll auszuführen.

Bauflächen im Außenbereich

Eine derart expansive Bauflächenausweisung wie in der Vergangenheit können wir uns für die Zukunft nicht mehr leisten. Im Hinblick auf die jeweils als Satzung zu beschließenden Flächennutzungspläne sollen die Kommunen dazu animiert werden, weitere Bauflächen im Außenbereich nur noch bei absoluter Notwendigkeit auszuweisen.

Hält der Trend zur Übersiedlung in die Außenbereiche an, veröden die Innenstädte und Dorfkerne weiter. Darunter leidet das gesamte gesellschaftliche Leben in der Kommune. Die Gemeinden sind daher im Übrigen auch in der Verantwortung, wenn aufgrund der abzusehenden demografischen Entwicklung eine erhebliche Zahl der Immobilien in der Zukunft nur weit unter Wert verkauft werden können.

Entwicklung im Innenbereich

Die Kommunen sollen durch geeignete Maßnahmen im Innenbereich die Attraktivität für Bewohner und Bauwillige erhöhen, wobei die rückläufige Bevölkerungsentwicklung zu berücksichtigen ist. Die Entwicklung unserer Dörfer wurde von jeher geprägt von den wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Ansprüchen der Menschen. Orte und Städte spiegeln den jeweiligen Zeitgeist ihrer Entwicklungsphasen wider und dürfen auch zukünftig ihre gewachsenen Strukturen nicht verlieren. Daher gilt es die bestehende Infrastruktur in ihrer Funktion und ihrem Wert zu erhalten und gegebenenfalls bedarfsgerecht weiter zu entwickeln. Die Finanzierungs- und Unterhaltungslast wird somit für die kommende Generation minimiert, dies gilt auch im Hinblick auf den absehbaren Bevölkerungsrückgang. Planungen müssen somit sicherstellen, dass der Gebäudebestand, Plätze und Straßen in den Dörfern und den Städten auf Dauer attraktiv bleiben. Dorfkerne und Innenstädte müssen ihre Funktionen dauerhaft wahrnehmen können. Die Schließung von Baulücken, die Sanierung innerörtlicher Kerne und die Ausweisung neuer Baugebiete müssen miteinander in Einklang gebracht werden. Keinesfalls darf durch die Ausweisung neuer Baugebiete eine Verödung der Städte und Dörfer eintreten.

Gestalterische Vorgaben und Festsetzungen in baurechtlichen Satzungen sollen nur dann und nur soweit vorgenommen werden, als dass das Gestaltungsinteresse der Kommune das Interesse des Bürgers an der Wahrnehmung seiner grundrechtlichen garantierten Bau(-und das heißt Eigentums-)Freiheit erheblich überwiegt.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 Dem Bauherrn soll das größtmögliche Maß an Gestaltungsmöglichkeiten belassen werden;
2 eine Überregulierung ist zu vermeiden.

3
4 Bei der Ausweisung von Neubaugebieten bspw. überwiegt das Gestaltungsinteresse der
5 Gemeinde mangels unmittelbarer bauhistorischer und denkmalschutzrechtlicher
6 Anknüpfungspunkte selten die Baufreiheit der Eigentümer. Daher wird sich die FDP dafür
7 einsetzen, den bauwilligen Familien gerade hier größtmögliche gestalterische Freiheit zu
8 gewähren.

9
10 Gestaltungsvorgaben bergen nämlich neben der damit einhergehenden Freiheitsbeschränkung
11 auch oftmals Kostensteigerungen in sich, welche die FDP den bauwilligen Familien soweit
12 irgend möglich nicht zumuten will. Die FDP will die Familien am Ort halten und nicht durch
13 unnötige Gängelung vergrämen.

14
15 Ein Übermaß an technischen Regelungen und kostensteigernden Schutzvorstellungen muss
16 abgebaut werden. Die FDP strebt dabei keinen regelfreien Raum an, vielmehr ein
17 ausgeglichenes Verhältnis zwischen dem präventiv regelnden Einfluss des Staates und der
18 Eigenverantwortung der am Bau beteiligten Gruppen. Sog. „Bepflanzungsvorschriften“ sind
19 zu vermeiden, die regeln, welche Gewächse auf einem Grundstück/Garten angepflanzt
20 werden dürfen oder nicht, es sei denn diese gründen auf höherrangigem Recht, insbesondere
21 landesnaturschutzrechtlichen Vorgaben.

Privatinitiative bei der innerstädtischen Entwicklung

22
23
24
25 Aller Voraussicht nach wird es in den kommenden Jahren, insbesondere abseits der
26 prosperierenden Wirtschaftszentren, einen geringeren Bedarf an Neubauten geben als bisher.
27 Der Sanierung bzw. dem Bauen im Bestand kommt deshalb eine wesentlich stärkere
28 Bedeutung zu als dies früher der Fall gewesen ist. Längerfristige Leerstände in größerem
29 Umfang oder einseitige soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung können die
30 Wohnqualität ganzer Stadtteile gefährden und eine Reihe von Folgeproblemen aufwerfen von
31 der Sicherheit bis hin zu der Schwierigkeit der Finanzierung der nötigen Infrastruktur durch
32 die Gemeinde .

33 Umso mehr Bedeutung kommt den Akteuren und den Betroffenen insgesamt zu. Sie sollen
34 ermuntert werden, mit Ideen und Konzepten, aber auch durch eine finanzielle Beteiligung zu
35 einer Verbesserung beizutragen und dadurch sowohl eine Aufwertung der Innenstadt als
36 letztlich auch für sich selbst eine Verbesserung bewirken.

Sozial ausgewogene Baupolitik

37
38
39
40 Von einer verstärkten Wiederbesiedelung der Innenstädte profitieren alle. Deshalb muss die
41 Kaufkraft im Innenstadtbereich gestärkt werden, damit die Bewohner den Bedarf des
42 täglichen Lebens in Geschäften in fußläufiger Entfernung decken können. Damit muss eine
43 Verbesserung des Wohnumfelds einhergehen sowie eine bessere Nutzung der
44 gastronomischen und kulturellen Angebote, wie sie für Städte und Dörfer typisch sind.
45 Ältere Menschen sollen unterstützt werden, so lange wie möglich ihre Selbständigkeit zu
46 bewahren. Die Qualität der Wohnungen wie auch das Wohnumfeld müssen hierbei
47 berücksichtigt werden.

48 Alters-, oder auch behindertengerechte Wohnungen verlangen jeweils eigene angemessene
49 Wohnungsgrößen und Zuschnitte, nutzergerechte Ausstattungen sowie unter Umständen
50 Barrierefreiheit in der Wohnung und bei den Zugängen. Sofern gerade alten- oder
51 behindertengerechte Wohnungen nicht ohnehin als Wohnanlagen geplant werden, soll für

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 spezielle Dienstleister oder Pflegedienste der Zugang per PKW sowie in die Etagen per
2 Aufzug möglich sein.

3 Die nötige und von älteren Menschen besonders geschätzte Verbesserung des Wohnumfelds
4 ist eng mit der erfolgreichen Werbung um Bewohner verbunden, die noch im Erwerbsleben
5 stehen. Eine kaufkräftige Bevölkerungsschicht trägt in den Innenstädten sowohl durch die
6 Stärkung des Dienstleistungssektors und des Handels als auch durch eine Vergleichmäßigung
7 der Altersstruktur zur erwünschten Attraktivität der Innenstädte für alle Menschen bei.

8
9 Auch die Bereitstellung von Bauland im Rahmen des Erbbaurechts sollte im Sinne einer
10 sozial ausgewogenen Baupolitik in Betracht gezogen werden.

Wohngesundheit

11
12
13 Gerade vor dem Hintergrund einer angestrebten Schließung von Baulücken und der Sanierung
14 innerörtlicher/städtischer Kerne, setzt sich die FDP für eine an der Gesundheit der Bewohner
15 dieser Gebiete entsprechenden Fach-, Struktur- und Bauplanung ein.

16 Zu einem sozialverantwortlichen Flächenmanagement gehört auch der Erhalt und die
17 Schaffung von grünen Adern und öffentlichem Grün und die Förderung von
18 Frischluftschneisen.

Private Erschließungsträgerschaft fördern

19
20
21
22 Trotz Novellierung des Baugesetzbuches haben die Kommunen im Zuge der Aufstellung von
23 Bebauungsplänen und zugehöriger Erschließungsmaßnahmen 10 % der anfallenden Kosten
24 als gemeindeeigenen Kostenanteil zu tragen.

25 Dies ist im Zeitalter leerer Haushaltskassen und aufgrund der Tatsache, dass die
26 Grundstückseigentümer die Wertsteigerungen von meist Ackerland zu Bauland steuerfrei
27 abschöpfen, nicht mehr zeitgemäß. Zudem sind die Kommunen bei den zugehörigen
28 Ausschreibungen der Baumaßnahmen gemäß öffentlichem Vergaberecht daran gebunden, den
29 jeweils günstigsten Anbieter zu beauftragen. Nachverhandlungen sind nicht zulässig.
30 Eine effektive Alternative hierzu ist die Private Erschließungsträgerschaft (PET). Der
31 Gesetzgeber gestattet nach § 124 BauGB die Durchführung der öffentlichen Erschließung
32 eines Baugebiets, gleich welcher Nutzung, in Form einer sogenannten Privaten
33 Erschließungsträgerschaft. Ziel ist u. a. die Optimierung der Baukosten und die
34 Beschleunigung der Abwicklung und Herstellung der Erschließung. Bei der PET darf
35 beschränkt ausgeschrieben und mit jeweiligen Bietern die Auftragssumme verhandelt werden.
36 Auf diese Art lassen sich Baukosten deutlich reduzieren, Bauqualitäten verbessern und
37 Zeitabläufe wesentlich verkürzen. Der sonst durch die Kommune zu übernehmende 10%-
38 Anteil an den Erschließungskosten entfällt für diese im Falle eine PET, also Kostenentlastung
39 für den kommunalen Haushalt. Trotz der 100%igen Kostenbeteiligung für den
40 Grundstückseigentümer ist die PET gegenüber der öffentlich-rechtlichen Erschließung fast
41 immer wirtschaftlich günstiger.

42 Auch können umliegende Maßnahmen (z.B. Straßenprojekte, Grillplätze etc.) in die
43 Erschließungsmaßnahme auf- und somit aus dem kommunalen Haushalt herausgenommen
44 werden.

45 Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Kommunen den Einsatz der Privaten
46 Erschließungsträgerschaft verstärkt überprüfen und anwenden, zur Entlastung der
47 Haushaltssituation und Vereinfachung des Bauablaufs.

48
49
50

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

Förderung von Sanierungsvorhaben durch Ausweisung von Sanierungssatzungen

Die FDP will weiterhin die verstärkte Förderung von Sanierungen und des Bauens im Bestand. Die Aufstellung einer Sanierungssatzung für bestimmte Ortsteile ist daher ein probates Mittel zur Bildung von Anreizen gerade durch die sich insoweit auftuenden Fördertöpfe und steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten.

Durch die Sanierungssatzungen der Kommunen und die damit verbundenen Ausgleichszahlungen bei Verkauf und Ankauf, werden die Sanierungsausgleichszahlungen oftmals aber auch zu einer nicht mehr kalkulierbaren Belastung der Eigentümer von Innenstadt-/Dorfkern-Immobilien.

Die FDP setzt sich dafür ein, die Sanierung nach Ablauf der Sanierungsmaßnahmen abzurechnen, keinesfalls aber einen Zeitraum von 5 Jahren zu überschreiten. Eigentümer in der Innenstadt/im Ortskern dürfen nicht schlechter gestellt werden als die Eigentümer bei Neubauten oder sonstigen Erschließungsmaßnahmen, im Rahmen derer die Erschließungsbeiträge stets „auf dem Fuße“ anfallen und auch abgerechnet werden.

Die Instandsetzung und Revitalisierung der Altbauten ist durch die Förderung und Beratung im Rahmen der Dorferneuerung und Städtebauförderung weiterhin zu gewährleisten.

Für eine gute Mischung der Funktionen Wohnen, Arbeit und Freizeit ist Sorge zu tragen.

Wohnung als Privateigentum

Die Freie Demokratische Partei ist die Partei, die das Privateigentum fordert und durch die Umsetzung ihrer Ideen auch fördert. Das Privateigentum ist eine wesentliche Säule unserer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung und unseres Rechtsstaates. Dem Eigentum an Grund und Boden kommt dabei ein besonderes Gewicht zu. Es ist deshalb erklärtes Ziel der FDP, dass möglichst viele Mitbürger über Wohneigentum verfügen können.

Dies kann aber nur durch mehr Mut zur Freiheit sowohl, was die bauplanungs- und bauordnungsrechtlichen Standards als auch die Hinwendung zu mehr Wettbewerb anbelangt, geschehen.

Die breite Streuung von Wohn- und Immobilieneigentum bleibt nach wie vor eines der wichtigsten politischen Ziele. Denn breit gestreutes Eigentum macht unabhängig.

Wohneigentum und Altersvorsorge

Insbesondere stellt belastungsfreies Wohneigentum eine wesentliche Ergänzung der Altersversorgung dar. Die Schaffung von Wohneigentum zur finanziellen Absicherung im Alter gewinnt zunehmend an Bedeutung. Es ist daher wichtig, dass mit der Bildung von Wohneigentum in einem möglichst frühen Lebensabschnitt begonnen werden kann.

Umgang mit Wohnungen im öffentlichen Eigentum

Die FDP sieht in einer sozialverträglichen Überführung öffentlicher Wohnbestände in Privateigentum sowie in regionale Immobilienfonds die Chance, die Wohneigentumsquote in Rheinland-Pfalz zu steigern und den Bürgern verstärkt Beteiligungsmöglichkeiten am Immobilienvermögen zu eröffnen. Dabei ist der Mieterprivatisierung Vorrang zu geben. Die breite Streuung von Wohneigentum bleibt nach wie vor eines der wichtigsten politischen Ziele. Eigentum schafft Identifikation mit dem Wohnumfeld und führt zur Teilhabe am kommunalen Geschehen.

Kommunale Beteiligungen an Wohnungsbaugesellschaften sind offenzulegen. Ehemals gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften haben nach wie vor eine sehr starke Marktstellung. Deswegen müssen alle Beteiligungen von Gebietskörperschaften an

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 Wohnungsbauunternehmen, Wohnungsverwaltungsgesellschaften und
2 Wohnungsbaufinanzierungsinstituten überprüft werden. Sie führen zu einem verzerrten
3 Wettbewerb und zu mangelnder Markttransparenz. Die FDP fordert eine detaillierte Erfassung
4 der öffentlichen Beteiligungsverhältnisse und deren regelmäßige Veröffentlichung. Eine
5 Beteiligung der Gebietskörperschaften ist auf eine Höhe unterhalb der Sperrminorität
6 zurückzuführen.

7

8

Konversion als Chance begreifen - Strategieberücksichtigungen sind dringend erforderlich

10 In Rheinland-Pfalz werden einige regionale Wohnungsmärkte von dem Angebot an
11 Konversionswohnungen beeinflusst. Würden alle zurzeit noch bestehenden
12 Konversionswohnungen auf einen Schlag auf den Markt gebracht, ergäben sich erhebliche
13 Verwerfungen. Es ist daher geboten, eine Strategie für jeden einzelnen Standort zu
14 entwickeln, damit das Marktgefüge nicht völlig aus dem Lot gerät. Dazu gehört unter
15 Umständen auch eine andere Nutzung als für Wohnzwecke. Dabei kann nach Abwägung aller
16 Vor- und Nachteile auch ein Abriss in Frage kommen, genauso wie die Herstellung von
17 Grünflächen.

18

19

Ortsrecht ins Internet

21 Die FDP setzt sich im Übrigen dafür ein, dass sämtliche kommunalen Satzungen, Erlasse und
22 allgemeingültigen Beschlüsse, insbesondere Bausatzungen (textliche und bildliche
23 Festsetzungen in Bebauungsplänen, Gestaltungssatzungen) auf der Internet-Seite der
24 Kommune veröffentlicht werden.

25 Dies schafft Transparenz und Teilhabe, zudem auch Kritikbereitschaft. Das Wissen um die
26 Ortsgesetze schafft im Übrigen auch mehr „Waffengleichheit“ im Gefüge Rat-Bürger-
27 Verwaltung.

28

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

Kommunaler Umweltschutz

Umweltschutz als Querschnittsaufgabe

Als Aufgabe zur Daseinsvorsorge ist Umweltschutz eine Angelegenheit aller Bürgerinnen und Bürger. Kommunale Umweltpolitik muss widerstrebende Nutzungsansprüche an unsere Umwelt ausgleichend, vorausschauend und umweltverträglich planen. Umweltschutz in der Kommunalverwaltung ist eine ressortübergreifende Aufgabe. Vor allem mit Blick auf eine effiziente und kostengünstige Energie- und Trinkwasserversorgung, eine zukunftsorientierte Abfallwirtschaft, aber ebenso bei der Raumordnung, dem Städtebau, dem Wohnungswesen und der Landwirtschaft, kommt es darauf an, die Lebensinteressen der Menschen und den Erhalt der Umwelt miteinander in Einklang zu bringen.

Die vorsorgende Vermeidung von Umweltschäden muss Vorrang haben vor der nachsorgenden Beseitigung solcher Schäden.

Kommunale Umweltpolitik bietet darüber hinaus für Liberale die Chance, vor dem Hintergrund eines wachsenden Europa und der Globalisierung der Wirtschaft vermehrt regionale Identität zu stiften. Kommunalpolitische Perspektiven öffnen sich unter anderem unter den Stichwörtern

- Kulturlandschaft,
- soziale Integration ins Gemeingesehen,
- Einbindung der Jugend durch "direkte Aktionen",
- Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe,
- Förderung des sanften Tourismus.

Formale und informelle Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten müssen durch die Unterstützung fortschreitender Vernetzung und einen erhöhten Informationsaustausch erweitert werden.

Die Möglichkeiten kommunaler Planungskompetenz sind voll auszuschöpfen. Das gilt auch und insbesondere für eine Stärkung kommunaler Planungsentscheidungen, hier vor allem im Umweltbereich.

In folgenden Aktionsbereichen fordern Liberale umweltgerechtes Planen und Handeln durch Räte, Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung:

Kommunales Planen

- Pflege der vorhandenen Umweltkataster, welche der Information und der Beobachtung dienen, wie z. B. für die Bereiche Lärm, Abfall, Wasser, Abwasser, Forsten, Boden, Luft und Klima, Landespflege;
- Ausrichtung des kommunalen Planens an den Leitlinien "Effizienzsteigerung" und "Eingriffsvermeidung";
- Berücksichtigung der Ziele der Landschaftsplanung bei der kommunalen Bauleitplanung;
- Schutz, Pflege und Entwicklung der Kulturlandschaft durch die Entwicklung ökologisch und ökonomisch tragfähiger Bewirtschaftungskonzepte mit der Land- und Forstwirtschaft;

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

- 1 • Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten insbesondere
2 durch Vertragsnaturschutz mit den örtlichen Land- und Forstwirten sowie den Fischern
3 und Jägern.
4

Hochwasserschutz

- 7 • Der Rückhalt von Niederschlagswasser ist ein sehr wirkungsvolles Instrument zur
8 Hochwasservermeidung. Deshalb soll, wo immer es möglich ist, Niederschlagswasser
9 möglichst vor Ort zurückgehalten werden. Dazu sollen natürliche Ressourcen durch
10 standortgerechte Landnutzung und technische Verbesserungen des Wasserrückhaltes
11 direkt an den Gewässern weiter verbessert werden.
12

- 13 • Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Hochwasserschutzkonzeptes z. B.
14 Deichertüchtigung, Renaturierung von fließenden Gewässern auf der Grundlage von
15 Gewässerpflegeplänen;
16

- 17 • Ausweisung von Retentionsflächen mit wirtschaftlichem Ausgleich der Folgeschäden;
18

- 19 • Angepasste Bauvorschriften in hochwassergefährdeten Gebieten
20
21

Trinkwasser

- 23 • Sauberes Trinkwasser verlangt eine nachhaltige und somit Ressourcen schonende
24 Bewirtschaftung für die heutige und für nachfolgende Generationen.
25

- 26 • Die Verantwortung und die Qualitätskontrolle für das Trinkwasser als eine zentrale
27 Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge ist in kommunaler Verantwortung zu belassen;
28 dadurch wird die kommunale Selbstverwaltung gestärkt.
29

- 30 • Für die Erfüllung der Aufgaben der Trinkwasserversorgung können die Kommunen. mit
31 privaten wirtschaftlichen Unternehmen kooperieren.
32

- 33 • Die kommunalen Versorger sollen ermutigt werden größere Betriebseinheiten zu bilden
34 um die Aufgaben effizienter erfüllen zu können.
35
36

Abfallentsorgung

- 38 • Die FDP fordert, eine Abfallwirtschaft, welche unter Beachtung wirtschaftlicher
39 Grundsätze die Vermeidung und Verwertung fördert und in Verbindung mit gesicherten
40 Entsorgungswegen einen zukunftsorientierten Umweltschutz gewährleistet.
41

- 42 • Die FDP fordert, das technisch überholte und zu teure umfassende Sortieren von
43 Hausmüll im Haushalt aufzugeben und durch innovative Technologien zur maschinellen
44 Mülltrennung in Anlagen zu ersetzen. Diese neuen Verfahren haben Zukunft und sind
45 ökologisch sinnvoll. Wo die Produktion von Kompost keine ökologischen Vorteile mit
46 sich bringt, sollten andere Verwertungsmöglichkeiten und Entsorgungswege für
47 Bioabfälle, wie bspw. mit dem Hausmüll, geprüft werden.
48
49

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

Abwasserentsorgung

Die flächendeckende Sammlung und Reinigung kommunaler Abwässer ist in Rheinland-Pfalz zwischenzeitlich weit vorangeschritten. Der bauliche Zustand der kommunalen Entwässerungsnetze ist zum Teil schlecht und dringend sanierungsbedürftig. Die dadurch verursachten Abwasserverluste sind zu vermeiden.

Deshalb fordert die FDP

- die Ermittlung des Sanierungsbedarf der Kanäle durch Kanalinspektionen.
- mit der Abwasserabgabe sollen nicht nur Verbesserungen in den Kläranlagen sondern auch die Sanierung von Abwasserleitungen gefördert werden.
- Die Kooperationen verschiedener Träger von Abwasseranlagen sind zu verbessern.
- dass durch die Beteiligung privater Betreiber an kommunalen Abwasserreinigungsanlagen diese für den Bürger kostengünstiger gestaltet werden können.
- die Trennkanalisationen beim Bau von Abwasserkanälen.
- Unterstützung der Versickerung und Rückhaltung von Regenwasser auch in bestehenden Baugebieten. Die unterschiedlichen Bodenarten sind dabei zu berücksichtigen. Das Landeswassergesetz ist in Neubaugebieten konsequent umzusetzen. Soweit die Kommune die Versickerung auf dem Grundstück in Satzungen anordnet, soll automatisch auch die Genehmigung nach Landeswassergesetz erteilt sein.

Naturschutz und Landespflege

Die Bestimmungen des Landesnaturschutzgesetzes schaffen die Voraussetzungen dafür, dass den von uns mitgetragenen Prinzipien von Naturschutz und Landespflege in einer Weise entsprochen wird, die auch die Belange der Eigentümer berücksichtigt.

Die FDP fordert

- die Umsetzung der Maßnahmen in der Fläche mit den Managementplänen unter Beteiligung der betroffenen Grundstückseigentümer,
- die Erhaltung des Betretungsrecht für Erholungssuchende auf allen Flächen, die zu einer oder mehreren Schutzkategorien gehören (Naturschutzgebiet, Naturpark, Biosphärenreservat usw.),
- freiwillige Kooperationen und Selbstverpflichtungen (Vertragsnaturschutz) vor staatlichen Anordnungen.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 **Umwelt und Forsten**

2

3 **Forstwirtschaft**

4 Die FDP unterstützt in Rheinland-Pfalz, dem walddreichsten Bundesland in Deutschland, eine
5 multifunktionale Forstwirtschaft, die durch naturnahe Waldbewirtschaftungsformen
6 ordnungsgemäß und nachhaltig ist, und vielfältige Bedeutung für uns alle hat:

7

8 **Ökonomische Bedeutung**

9 Die FDP will angemessene wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Forstbetriebe, u.a. die
10 Aufrechterhaltung der Förderung durch EU, Bund und Land für kommunalen und Privatwald.

11 Die FDP will eine Steigerung bei der Verwendung von Holz.

12 Die FDP steht zu dem Grundsatz "Wald vor Wild", wir bejahen die Jagd und fordern

13 angepasste Wildbestände. Wir wollen die Jagdsteuer (Bagatellsteuer) abschaffen.

14 Sie hat ihre Grundlage und Berechtigung angesichts der zahlreichen freiwilligen Leistungen

15 der Jägerschaft verloren, z.B. Beseitigung von Unfallwild, Ausbringen von Ködern für

16 Schweinepest, Leistungen für Naturschutz.

17

18 **Ökologische Bedeutung**

19 Der Klimawandel hat erhebliche Folgen für die Artenvielfalt und die Forstwirtschaft. Auch
20 mit der Verschiebung der Lebensräume von Pflanzen und Tieren ist zu rechnen. Man muss

21 die Folgen des Klimawandels für den Wald und die Artenvielfalt erforschen und

22 dementsprechend Konsequenzen ziehen. Bei der Berechnung des von einem Land erzeugten

23 Kohlendioxids (CO₂) müssen alle bepflanzten Flächen, die landwirtschaftlichen und

24 insbesondere die Waldflächen, als CO₂-Vernichter berücksichtigt werden, was in die

25 Berechnung der Zertifikate einfließen muss.

26 Die vielfältigen Schutzwirkungen des nachhaltig bewirtschafteten Waldes haben große

27 Wirkungen auf

28 - Wasserschutz,

29 - Boden und Erosionsschutz,

30 - Biotop und Artenschutz sowie auf

31 - wildlebende Pflanzen und Tierwelt.

32

33 **Sozioökonomische und soziokulturelle Bedeutung**

34 Wald ist ein wertvolles, stark nachgefragtes Erholungsgebiet. Wald wirkt sich im ländlichen

35 Raum günstig auf Beschäftigung und Tourismus aus. Dies ist für Gemeinden von besonderer

36 Bedeutung. Weil der Umfang der Leistungen, welche die Forstbetriebe der Gesellschaft zur

37 Verfügung stellen, bzw. welche die Gesellschaft den Waldbesitzenden abverlangt, zum Teil

38 erheblich über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums hinausgeht, fordern wir:

39

40 • die grundsätzliche Berechtigung eines Anspruchs auf Honorierung für
41 Gemeinwohlleistungen, zum Beispiel für Schutz- und Erholungsleistungen, für welche die
42 Waldnutzer nicht zur Entgeltzahlung herangezogen werden können.

43

44 • eine moderne, effiziente und zukunftsfähige Forstorganisation sowie einen angemessenen
45 Personalstand. Unser besonderes Augenmerk gehört dem Gemeinschaftsforstamt mit
46 seinen Forstrevieren für alle Waldbesitzarten.

47

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

Energiepolitik in den Kommunen

Die Energieversorgung ist heute wettbewerblich organisiert und daher keine Angelegenheit kommunal zu organisierender Daseinsvorsorge mehr. Daher sind die Fragen der Wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen in den Stadtwerken und der Kommunale Querverbund auf dieser Ebene neu zu bewerten.

Energiepolitik ist ein zentrales Thema der Kommunalpolitik, denn Städte und Gemeinden sind die Träger der örtlichen Planungs- und Wegehoheit und betreiben teilweise auch eigene Versorgungsunternehmen. Sie haben deshalb eine besondere Verantwortung für eine rationelle und nachhaltige Energienutzung, aber auch für wettbewerbliche Bedingungen, bei denen die Kräfte des Marktes auf die Preisbildung nicht durch kartellähnliches Verhalten ausgehebelt werden.

Die kommunale und regionale Energieversorgung muss sicher, umweltverträglich, preisgünstig und technisch risikoarm gestaltet sein sowie einen hohen Qualitätsstandard aufweisen. Daher sind die Fragen der Wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen in den Stadtwerken und der Kommunale Querverbund auf dieser Ebene neu zu bewerten.

Angesichts eines weltweit rasant wachsenden Bedarfs an Energie werden wir künftig auf keinen Primärenergieträger verzichten können, sondern zur ausreichenden Energieversorgung einen Energiemix benötigen, bei dem zu den klassischen Primärenergieträgern gleichberechtigt im Konsens mit dem Bürgerwillen die regenerativen Energiequellen wie Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme hinzutreten.. Damit können die Kommunen einen eigenen Beitrag zur Ressourcenschonung und zur CO₂-Emmissionsminderung leisten.

Da in erster Linie für Raumheizung, aber auch für eine Reihe industrieller Produktionsprozesse Energie im Niedertemperaturbereich benötigt wird, sind insbesondere die betroffenen Kommunen aufgerufen, die gigantischen Energieverluste bei thermischen Kraftwerken in Form von Abwärme nutzbar zu machen. Ihre Nutzung führt zu einer unmittelbaren Verminderung der CO₂-Emissionen, da bei gleichbleibendem Verbrauch weniger Primärenergie eingesetzt werden muss.

In den Kommunen, in denen die Heizwärmeerzeugung überwiegend in Gas- und Ölkesseln erfolgt, sind entsprechend moderne, zukunftsgerichtete Heiztechnologien zu realisieren.

Die FDP fordert deshalb

- eine Steigerung des Anteils der Energie die aus heimischen Quellen gedeckt werden kann, wie Biomasse aus Forst und Landwirtschaft sowie regional spezifischer Quellen, wie beispielsweise der geothermischen Energie im Bereich des Rheingrabens;
- die sogenannten „Virtuellen Kraftwerke“ als kommunikativen Netzverbund sowohl der dezentralen Stromerzeuger (variable Einspeisung durch Windkraft- und Photovoltaikanlagen; konstante Einspeisung durch Blockheizkraftwerke) als auch der Stromverbraucher unter Einbeziehung der „intelligenten Stromzähler“ zu unterstützen;
- die kontinuierliche Erfassung und Auswertung von Energieverbrauchsdaten kommunaler Gebäude;
- die Reduktion des Energiebedarfes auf kommunaler Ebene (Gebäudewärmebedarf), unter Berücksichtigung besonderer Programme zur energetischen Altbausanierung;

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51

- die energetische Sanierung kommunaler Gebäude, was zur Beschäftigung der örtlichen und regionalen Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe wesentlich beitragen kann;
- die Anwendung von effizienteren Energienutzungstechniken für Wärme und Kälte; bei Gebäuden mit hohem Wärmebedarf wie Schwimmbädern durch den wirtschaftlich sinnvollen Einsatz von Anlagen mit Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung, unter bestimmten Umständen auch von Wärmepumpen;
- den Aufbau von dezentralen Einrichtungen zur Nahversorgung mit Energie, wobei in Blockheizkraftwerken die Abwärmenutzung und die Stromversorgung des Nahbereichs gleichwertige Ziele sein müssen;
- nachdrücklich, bei der Realisierung von Heizkraftwerken mit angeschlossenem Fernwärmenetz vorrangig die Errichtung des Fernwärmenetzes zu sehen und erst in zweiter Linie die Frage des Energieträgers zu behandeln;
- die Konzepte fortlaufend einer Erfolgskontrolle zu unterziehen.

Die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen in den Stadtwerken darf nicht dazu führen, dass die kleinbetrieblich strukturierten Handwerksbetriebe verdrängt werden. Es ist nicht hinzunehmen, dass die Vorteile, die kommunale Unternehmen aus der Quersubventionierung, durch personelle Verflechtungen der Entscheidungsebenen und durch die Risikoübernahme durch die Kommunen genießen, gegen freie Unternehmen eingesetzt werden.

Auch auf dem Gebiet der Energieversorgung müssen die Kommunen die Grundsätze der Marktwirtschaft beachten, indem sie den Verbrauchern ermöglichen die Lieferanten für die Deckung ihres Energiebedarfs frei zu wählen.

Verbraucher haben heute die Möglichkeit, durch den Wechsel des Stromlieferanten unmittelbar Einfluss auf das Preisgebaren der Energiehändler zu nehmen und den Wettbewerb zu intensivieren. Verbraucher müssen sich darauf verlassen können, dass ihr Öko-Strombezug tatsächlich durch Ökostrom gedeckt wird und dass sie hiermit zu einer Änderung der Erzeugungsstruktur beitragen.

Die FDP fordert deshalb

- kommunale, wettbewerbsorientierte Energiekonzepte, die bereits planerisch in die kommunalen Entwicklungskonzepte zu integrieren sind. Dabei ist eine Abstimmung mit den Zielsetzungen der Abfallwirtschaft, Raumplanung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung und dem Umweltschutz unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit und der Einsparung fossiler Energieträger unabdingbar;
- die Energieberatung durch neutrale Stellen wie z. B. die Verbraucherzentrale. Einzubeziehen sind nicht nur „kommunale Anbieter“, sondern auch private Anbieter, in Zusammenarbeit mit bestehenden Einrichtungen, Handwerkern und Energieunternehmen, insbesondere bei der Sanierung im Gebäudebestand nach neuen Energiestandards und modernen Formen der Gebäudeautomation;
- innovative kommunale Finanzierungskonzepte für die Umsetzung von Energiemaßnahmen (z.B. Contracting).

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15

Kontrolle der Maßnahmen zur Umsetzung innovativer Energiekonzepte

Um die sachgerechte und erfolgreiche Umsetzung innovativer Energiekonzepte zu gewährleisten, fordert die FDP

- die Etablierung eines flächendeckenden Netzwerkes von Umsetzungsberatungszentren (Sie werden beispielsweise von Handwerksbetrieben getragen und unterstützen Private, Handwerksbetriebe sowie die kleinen und mittleren Unternehmen im Bereich von Handel, Dienstleistungen und Gewerbe.);
- die Etablierung eines Netzwerkes von Contracting-Aktivitäten für den Bereich größerer Unternehmen;
- Weiterbildungsinitiativen zur Vermittlung des neuesten Standes der Technik.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

Ländliche Räume stärken

Landwirtschaft, Weinbau, Obst- und Gemüsebau fördern

Gerade in unserem Bundesland kommt der Förderung des ländlichen Raums eine besondere Bedeutung zu. Die Liberalisierung der Agrarmärkte bietet Chancen, birgt aber auch Risiken. In Teilbereichen der Agrarmärkte erzielen qualitativ hochwertige Produkte endlich einen angemessenen Preis, der auch eine Stärkung der heimischen landwirtschaftlichen Betriebe zur Folge hat. Die Risiken der Liberalisierung, die sowohl im „Schweinebereich“ als auch bei der Milchproduktion nach wie vor eine Rolle spielen, machen es auch in Zukunft notwendig, die Landwirtschaft zu unterstützen. Eine kostenintensive und standortgebundene Viehwirtschaft kann nicht so schnell auf sich verändernde Marktbedingungen reagieren, wie andere landwirtschaftliche Produktionsbereiche.

In Kenntnis der demografischen Entwicklung gilt ein besonderes Augenmerk der Förderung der strukturschwachen ländlichen Räume:

- Für die wirtschaftliche Entwicklung in strukturschwachen ländlichen Räumen ist neben dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur der Erhalt der traditionellen landwirtschaftlichen Produktion von besonderer Bedeutung.
- Die FDP will wettbewerbsfähige Familienbetriebe um sichere Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zu erhalten und einer weiteren Entsiedlung ländlicher Räume wirksam vorzubeugen.
- Die Gemeinden haben die Aufgabe, die grundsätzliche Interessenvertretung für Landwirtschaft und Weinbau wahrzunehmen sowie im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Kompetenzen den landwirtschaftlichen Familienbetrieben lohnenswerte wirtschaftliche Perspektiven zu erhalten. Sie müssen die Bedeutung der heimischen Bauern und Winzer als Produzenten hochwertiger, gesunder Nahrungsmittel offensiv heraus stellen. Des Weiteren gilt es, Landwirte als Dienstleister im Bereich kommunaler Aufgaben verstärkt einzubinden.

Folgende Forderungen sind auf kommunaler Ebene umzusetzen:

- Die landwirtschaftlichen Nutzflächen sollen für die weiter wirtschaftenden, wettbewerbsfähigen Familienbetriebe grundsätzlich erhalten bleiben.
- Die Entwicklungsfähigkeit ordnungsgemäßer Landwirtschaft soll durch ein stärkeres Mitspracherecht des Berufsstandes bei der Erstellung der Landschaftsplanung gesichert werden. Die Landwirtschaft muss frühzeitig bei generellen Fragen an der Planung beteiligt werden (Bebauungsplanung, Raumordnungspläne, Managementpläne zur Umsetzung der FFH- und Vogelschutzgebiete). Gleiches gilt für die Beteiligung der Landwirtschaft bei integrierten ländlichen Entwicklungsprozessen. Es ist unbedingt zu vermeiden, dass durch die Landschaftsplanung landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe in ihrer Existenz gefährdet werden.
- Die starke Inanspruchnahme landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Flächen als Ausgleichsflächen bei öffentlichen und privaten Planungsvorhaben ist massiv zu reduzieren. Ausgleichsmaßnahmen sollen in stärkerem Umfang als bisher auf die Entwicklungsfähigkeit der ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft abgestimmt werden. Bei der Ausgleichsflächenplanung muss ein Mindestabstand zu landwirtschaftlich genutzten Flächen gewahrt werden.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

- 1 • Es müssen wirksame Schritte zur Minderung des Flächenverbrauchs unternommen
2 werden. Eine Überbauung von Flächen darf mittelfristig nur noch nach dem Grundsatz
3 „Entsiegelung bei Neuversiegelung“ erfolgen.
- 4 • Keine weitere Ausweisung von landwirtschaftlich genutzten Flächen als FFH- und
5 Vogelschutzgebiete. Die Ausweisung muss schlüssig und nachvollziehbar sein.
- 6 • Renaturierungsvorhaben müssen grundsätzlich im Einklang mit Landwirtschaft und
7 Weinbau umgesetzt werden.
- 8 • Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe zum Zwecke der Veredelung und einer
9 höheren Wertschöpfung (Tierproduktion, Direktvermarktung, Urlaub auf dem
10 Bauernhof usw.) sind auch durch kommunales Engagement zu fördern.
11 Investitionshemmende Auflagen sind zu minimieren sowie Genehmigungsverfahren
12 zu erleichtern und zu vereinfachen.
- 13 • Bodenordnungsverfahren sollen durch die Kommunen aktiv unterstützt werden. In
14 diesem Zusammenhang müssen sich auch betroffene Kommunen stärker ihrer
15 Verantwortung bei der Pflege der Entwässerungssysteme (Drainagen) zur
16 Verminderung der Grundwasserproblematik bewusst werden. Zum Schutz des
17 Eigentums gehört auch, dass Bodenwertsteigerungen, beispielsweise im Zuge
18 städtebaulicher Entwicklungen, nicht durch die Kommunen abgeschöpft werden,
19 sondern dem Eigentümer zu Gute kommen.
- 20 • Die Sicherstellung der Versorgung ländlicher Gemeinden mit Breitbandkabel zur
21 Gewährleistung eines leistungsfähigen Internetanschlusses auch im Außenbereich.
- 22 • Die Verbesserung der Nahwärmeversorgung z. B. durch Nutzung des
23 Biogaspotenzials.
- 24 • Die FDP fordert die Abschaffung der Grundsteuer A, weil die Kosten des
25 bürokratischen Aufwandes die Einnahmen übersteigen.
- 26
- 27 • Dem Weinbau in Rheinland-Pfalz als dem größten Weinbau treibenden Bundesland
28 kommt eine herausragende Bedeutung zu. In unserem Bundesland werden von rund
29 12.000 Weinbaubetrieben rund 70 Prozent des deutschen Weines erzeugt, der für seine
30 hervorragende Qualität weltweit bekannt ist. Dementsprechend ist die gegenwärtige
31 Situation des rheinland-pfälzischen Weinbaus und der rheinland-pfälzischen
32 Weinwirtschaft gut. Seit Jahren findet eine am Markt ausgerichtete Weinproduktion statt.
33 Das Image und das Profil der Weine aus unserem Bundesland haben in den vergangenen
34 Jahren stetig zugenommen. Aber Weinbau ist nicht nur Weinerzeugung alleine, sondern
35 auch ein Stück Kultur. Die Weinbauregionen unseres Landes prägen den spezifischen
36 Charakter der einzelnen Kulturlandschaften an Mosel, Mittelrhein, Ahr, der Pfalz,
37 Rheinhessen und Nahe. Hierdurch sind sie wichtige Voraussetzung für einen
38 wirtschaftlich erfolgreichen Tourismus im Land. Weiterhin dienen sie als attraktive
39 Wohnstandorte für die in den Ballungsgebieten Rhein-Main, Rhein-Neckar oder Köln-
40 Bonn arbeitenden Menschen.

41
42 Wir Freie Demokraten verfolgen zur Stärkung des Weinbaus auf kommunaler Ebene
43 folgende Ziele:

- 44
- 45 • grundsätzlicher Erhalt der bisherigen Weinbauflächen;
- 46 • die Auswirkungen der zunehmenden Besiedlungsdichte auf den nach guter fachlichen
47 Praxis wirtschaftenden Weinbau so gering wie möglich zu halten;
- 48 • keine weitere Ausweisung von Rebflächen als FFH- bzw. Vogelschutzgebiete. Die
49 Ausweisung muss schlüssig und nachvollziehbar sein.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

- 1 • die Produktion qualitativ hochwertiger, wettbewerbsfähiger Weine durch den Einsatz
- 2 angemessener, qualitätsfördernder und umweltgerechter Technologie;
- 3 • die besondere Herausstellung des ländlichen Raumes durch Förderung von Urlaub auf
- 4 Winzer- und Bauernhof;
- 5 • bessere Verknüpfung des Weinbaus mit dem kulturellen Erbe der Regionen, mit dem
- 6 Ziel der Absatzförderung und der Stärkung des Tourismus;
- 7 • die Umsetzung weiterer Maßnahmen zur Entbürokratisierung;
- 8 • die Gleichbehandlung von baulichen Maßnahmen im Außenbereich für die
- 9 Vermarktung (bspw. Vinothek) mit denjenigen im Innenbereich.

10

- 11 • Die wachsende Nachfrage nach Obst und Gemüse muss zu einer Stärkung des Anbaus in
- 12 Rheinland-Pfalz genutzt werden. Die FDP will den marktorientiert wirtschaftenden
- 13 Betrieben im Obst- und Gemüsebau ihre guten Chancen, sowohl in der Produktion als
- 14 auch in der Vermarktung, erhalten und verbessern. Für den Absatz qualitativ
- 15 hochwertigen Obsts und Gemüses, das dem Wunsch der Verbraucher nach gesunder
- 16 Ernährung gerecht wird, bieten rheinland-pfälzische und angrenzende Ballungsräume
- 17 beste Voraussetzungen.

18

19 Wir Freie Demokraten verfolgen zur Stärkung des Obst- und Gemüsebaus sowie aller
20 sonstigen Kulturen folgende Ziele auf kommunaler Ebene:

21

- 22 • Erhaltung der Obst- und Gemüsebauflächen in unserem Land, damit den bestehenden
- 23 Obst- und Gemüsebauern weiterhin gute Entwicklungsperspektiven geboten werden;
- 24 • die eigenverantwortliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen muss
- 25 erhalten bleiben.
- 26 • Förderung neuer Bewässerungsmöglichkeiten;
- 27 • Verbesserung der Infrastruktur zur Gewährleistung günstiger Bedingungen in den
- 28 Erfassungs- und Vermarktungsstrukturen;
- 29 • die Versorgung mit Saisonarbeitskräften muss verbessert werden; in diesem
- 30 Zusammenhang ist auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit hinzuwirken.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

Tourismus stärken - Arbeitsplätze schaffen

Der Tourismus gilt weltweit als bedeutendste Wachstumsbranche. Von diesem Wachstum werden auch die Kommunen mit touristischen Angeboten in Rheinland-Pfalz profitieren. Aus diesem Grund wird der Tourismus auch in den kommenden Jahren ein Impulsgeber für die rheinland-pfälzische Wirtschaft sein und bestehende Arbeitsplätze erhalten sowie neue schaffen.

Bereits heute stellen die Tourismuswirtschaft, das Heilbäderwesen und das vorwiegend mittelständisch strukturierte Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz einen der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren dar, dessen Leistungen unmittelbar auch anderen Wirtschaftszweigen wie dem Handel, dem Handwerk oder den übrigen Dienstleistungen zugute kommen. Zugleich leistet dieser Wirtschaftszweig einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstrukturen und zum Abbau der regionalen Ungleichheiten.

Deshalb fordert die FDP

- die stärkere Zusammenarbeit des Landesmarketings mit dem regionalen Destinationsmarketing und dem Ortsmarketing,
- einen besseren Service der lokalen Tourismusinformationen, die für Individualabfragen von Gästen zur Verfügung stehen,
- den Ausbau der Rad- und Wanderwege zur Attraktivitätssteigerung der lokalen Tourismusangebote,
- den qualitativen Ausbau der Kulturangebote unter Hinzuziehung privater Veranstalter,
- den Ausbau der Verkostung regionaler Produkte als zusätzliches Marketinginstrument,
- den Ausbau der Bettenkapazitäten in modernen, aber kulturlandschaftsverträglichen bzw. regionaltypischen Hotels,
- den Ausbau des barrierefreien Tourismus, für in ihrer Mobilität eingeschränkte Personen,
- Verbesserungen im Wassertourismus, insbesondere den Bau neuer Bootsanlegestellen,
- die Verbesserung der Infrastruktur in den Kurorten wie beispielsweise Investitionen in die Häuser des Gastes und die der Kurparkanlagen.

BILDUNGSANGEBOTE ALS QUALITÄTSMERKMALE FÜR EINE GEMEINDE

Bildung und Erziehung auf kommunaler Ebene

Auch auf kommunaler Ebene stellen „Bildung und Erziehung“ ein wichtiges zentrales Handlungsfeld dar. Der Wandel in unserer Gesellschaft verlangt nach neuen Antworten mit Blick auf die Förderung unserer Kinder.

Deshalb brauchen wir auch auf kommunaler Ebene anforderungsgemäße Angebote für eine anspruchsvolle Kinderbetreuung, gut ausgestattete Grundschulen sowie ein differenziertes, den Ansprüchen der sie besuchenden Schülerinnen und Schüler gerecht werdendes Angebot an weiterführenden Schulen.

Dabei haben die Interessen und Bedürfnisse unserer Kinder und Jugendlichen im Vordergrund zu stehen. D.h., dass eine frühzeitig einsetzende differenzierte Förderung durch soziale und schulische Betreuung stattfindet sowie räumlich anforderungsgerecht und mit modernen Lernmitteln ausgestattete Schulangebote vorgehalten werden.

Für uns Liberale ist jede Investition in Bildung auch eine Investition in die Zukunft unserer Gemeinden, denn Bildung ist unsere wichtigste Ressource für die Gestaltung unserer gesellschaftlichen Lebensbedingungen im Bund, den Ländern und Gemeinden..

• Schulentwicklungsplanung vor dem Hintergrund der Schulreform

Im Hinblick auf die neue Schulstruktur wird es zu weitreichenden Veränderungen in der rheinland-pfälzischen Schullandschaft kommen.

Durch die Abschaffung eigenständiger Haupt- und Realschulen werden die Probleme der Hauptschülerinnen und Hauptschüler nicht gelöst. Stattdessen werden schwächere Schülerinnen und Schüler in Zukunft gemeinsam mit Realschülerinnen und –Schülern teilweise bis zur 9. Klasse gemeinsam unterrichtet. Dabei werden die Klassen in der Regel größer als die heutigen Hauptschulklassen, obwohl die Leistungsunterschiede zwischen den Schülerinnen und Schülern zunehmen.

Den Gymnasien, die bereits heute unter stetig steigenden Schülerzahlen und einem immer breiteren Leistungsspektrum leiden, droht ein massiver Qualitätsverlust. Sie geraten durch die Abschaffung der eigenständigen Realschule und dem damit verbundenen verstärkten „Run“ der Eltern auf das Gymnasium räumlich und pädagogisch an ihre Kapazitätsgrenzen. Im Gegenzug weitet die Landesregierung das Angebot der in internationalen Vergleichsstudien schwach abschneidenden Integrierten Gesamtschulen deutlich aus.

Angesichts des drohenden Fachkräftemangels und des erfolgreichen dualen Ausbildungssystems ist es nicht sinnvoll, junge Menschen immer länger im allgemein bildenden Schulsystem auszubilden. Außerdem werden die Berufsbildenden Schulen als Steinbruch für die Realschule Plus missbraucht und die Zahl der Auszubildenden künstlich verknappt.

Aus diesen Gründen hat die FDP das von der absoluten Mehrheit der SPD durchgesetzte Schulgesetz konsequent abgelehnt. Die Liberalen stellen folgende Forderungen, um die negativen Folgen der Schulreform abzumildern:

1. Die Klassengröße muss bei zunehmend heterogenen Lerngruppen deutlich gesenkt werden. Eine Schülerzahl von 25 in der verpflichtenden gemeinsamen Orientierungsstufe der neuen Realschulen plus ist zu hoch, um Schülerinnen und Schülern individuell gerecht zu werden.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

- 1
2 2. Längeres gemeinsames Lernen ist nur dort erfolgreich, wo Schulen über ein breites
3 Spektrum innerer Differenzierungsmöglichkeiten verfügen. Dazu gehören neben der
4 Möglichkeit des „Team-teachings“ auch Fachkräfte anderer Professionen, um Kinder und
5 Jugendliche mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen, Talenten und
6 Herausforderungen differenziert zu fördern und zu fordern.
7
- 8 3. Lernschwache Schülerinnen und Schüler dürfen nicht erst dann gezielte Unterstützung
9 erfahren, wenn sie schulisch bereits gescheitert sind. Statt eines zusätzlichen 10.
10 Schuljahres für schulmüde Schülerinnen und Schüler, wie es die SPD-Regierung mit
11 ihrem Projekt „Keiner ohne Abschluss“ vorsieht, fordert die FDP eine gezielte Förderung
12 von lernschwachen Schülerinnen und Schülern ab Klasse 5. Wir fordern, dass eine echte
13 Hauptschulqualifikation vermittelt wird. Entscheidend ist, dass tatsächlich die
14 Berufsausbildungsreife für alle Absolventen erreicht wird. Deshalb sollen Kinder mit
15 Lerndefiziten von Anfang an in kleinen Gruppen (12 – 15 Schüler) vor allem in den
16 Kernfächern (Deutsch und Mathematik) systematisch gefördert werden. Schulen müssen
17 zusätzliche Fördergruppen einrichten können, um die Lernbarriere Nummer 1, die
18 Sprachbarriere, überwinden zu können. Hierfür brauchen die Schulen ein verlässliches
19 Verfahren zur Personalzuweisung. Darüber hinaus sollen die Lerngruppen in der
20 Mittelstufe durch einen Praxistag im Betrieb und eine feste Kooperation mit der
21 Berufsbildenden Schule ergänzt werden, um den Einstieg in die berufliche Ausbildung zu
22 fördern und notwendige Schlüsselqualifikationen zu vermitteln.
23
- 24 4. Um die Qualität der Bildungsangebote und -abschlüsse sicherzustellen, müssen zentrale
25 Abschlussprüfungen für alle Schulabschlüsse eingeführt werden.
26
- 27 5. Ein Bildungssystem, das allgemeine und berufliche Bildung als gleichwertig anerkennt, ist
28 Garant für Chancengerechtigkeit, Durchlässigkeit und Aufstiegsmöglichkeiten. Die
29 berufliche Bildung und die duale Berufsausbildung als international anerkannte
30 Qualitätsmerkmale unserer Bildungslandschaft dürfen im Rahmen der Reform nicht
31 geschwächt, sondern müssen kontinuierlich gestärkt werden.
32
- 33 6. Zur Förderung der Berufsausbildungsreife soll ab dem 8. Schuljahr eine feste Kooperation
34 zwischen Hauptschulbildungsgang und berufsbildender Schule eingerichtet werden. Hier
35 sollen fachliche Anforderungen sowie Verhaltensweisen vermittelt werden, die in der
36 angestrebten Berufs- und Arbeitswelt von Berufseinsteigern gefordert werden.
37
- 38 7. Die Berufsbildenden Schulen müssen stärker als bisher als die natürliche Oberstufe für
39 alle Schülerinnen und Schüler wahrgenommen werden, die nicht erstrangig eine
40 allgemeinbildende gymnasiale Oberstufe besuchen können oder wollen. Seit Jahrzehnten
41 stellen die Berufsbildenden Schulen für alle Schüler alle nur denkbaren schulischen
42 Abschlüsse bereit und bieten zusammen mit den Betrieben die Berufsausbildung in einer
43 Vielzahl von Berufen an (Duales Berufsausbildungssystem). Die Anerkennung der dualen
44 Berufsausbildung für den Hochschulzugang muss weiter ausgebaut werden.
45 Auszubildende mit entsprechenden Begabungen brauchen im Rahmen der
46 berufsbildenden schulischen Bildung besondere Lernangebote und –anreize. Duale
47 Studiengänge müssen in Rheinland-Pfalz als fester Bestandteil der Hochschullandschaft
48 systematisch ausgebaut werden.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51

• Kindertagesstätten – Wahlfreiheit für Familien schaffen

Die Erziehung der Kinder ist das natürliche Recht und die Pflicht der Eltern. Diese sollen frei entscheiden können, in wie weit sie ihr Kind zu Hause selbst betreuen oder ein Angebot der Kinderbetreuung in Anspruch nehmen möchten. Den Wünschen, Bedürfnissen und Ansprüchen von Eltern an Kinderbetreuung kann nur durch eine Vielzahl von Angeboten Rechnung getragen werden. Der Staat darf nicht darüber entscheiden, wie Familien ihre Lebens-, Erziehungs- und Betreuungsmodelle gestalten. Deshalb möchte die FDP, dass das Land für jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr bis zur Einschulung ein Bildungs- und Betreuungsgutschein ausgestellt wird. Eltern sollen frei von finanziellen Erwägungen und staatlicher Einflussnahme entscheiden können, welches Angebot sie wahrnehmen wollen oder ob sie die Bildung, Betreuung und Erziehung ihres Kindes selbst leisten wollen. Der Betreuungsgutschein ermöglicht eine selbstverantwortliche Auswahl des jeweils passenden Angebots (in der Tagespflege sowie in den Kindertageseinrichtungen kommunaler, kirchlicher, freier, betrieblicher und privater Träger) und gibt den Eltern damit eine Nachfragemacht, durch die sich gleichzeitig die Chance erhöht, dass die Anbieter in der zeitlichen und qualitativen Ausgestaltung von Bildungs- und Betreuungsangeboten mehr als bisher auf die individuellen Wünsche und Bedürfnisse von Familien eingehen. Eltern, die Bildungs- und Betreuungsleistungen selbst erbringen möchten, sollen diese Leistungen auf Grundlage des Gutscheins steuerlich absetzen können oder alternativ eine Anerkennung der Betreuungszeiten im Rahmen der Alterssicherung und der Pflegeleistungen ermöglicht bekommen.

• Bedeutung der Grundschule – Die Grundschule im Dorf lassen

Dem Rückgang der Schülerzahlen insbesondere im ländlichen Raum darf nicht nur mit einer Schließung von Grundschulen begegnet werden. Gerade im Hinblick auf die Qualität schulischer Arbeit spielt die enge Zusammenarbeit der Grundschule mit Eltern und Kindertagesstätten eine entscheidende Rolle. Sie kann jedoch nur wohnortnah in kleinen Einheiten qualifiziert und intensiv geleistet werden. Grundschulen sind auch als kulturelles Zentrum der Gemeinde ein eigener Wert. Die FDP will Grundschulen erhalten, ohne dass es zu unbezahlbaren Kleinstklassen kommt. Deshalb sollte allen Schulträgern und Grundschulen die Möglichkeit eröffnet werden, jahrgangsübergreifenden Unterricht anzubieten und eine oder mehrere Klassenstufen in einer Klasse zu unterrichten.

• Ausstattung und Kostenträger

Alle Schulen benötigen eine Ausstattung, die den pädagogischen Anforderungen sowie den Vorbereitungen auf das spätere Berufsleben der jungen Menschen entspricht. Hierzu gehört der selbstverständliche Umgang mit modernen Technologien. Für die zahlreichen sanierungsbedürftigen Schulgebäude muss ein Zeit-Finanz-Plan entwickelt werden, der in den kommunalen Investitionsplänen Vorrang genießen muss. Angesichts der veränderten Anforderungen an die Schule muss eine neue und klare Aufgabenabgrenzung zwischen den Leistungen des Landes (inhaltliche, pädagogische Leistungen) sowie den Leistungen des kommunalen Sachkostenträgers vorgenommen werden. Dies gilt vor allem im Hinblick auf die wachsende Beanspruchung der Schulen im technischen Bereich. Verpflichtende Vorgaben des Landes in diesem Zusammenhang sind durch dasselbe grundsätzlich finanziell abzusichern (Konnexitätsprinzip)

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 • **Schulverpflegung und Verpflegung in kommunalen Kindertagesstätten und -horten**
2 Die Kommunen als Träger von Schulen, Kindertagesstätten und Horten müssen sicherstellen,
3 dass bei der Verpflegung in den Schulen sowie in den Kindertagesstätten und Horten in
4 öffentlicher Trägerschaft die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE)
5 eingehalten werden. Die Kommunen ermöglichen allen Kindern die Teilnahme am
6 Mittagessen.

7
8
9 • **Berufsbildende Schulen, Wirtschaft und Kammern**

10 Die Ausbildung an den berufsbildenden Schulen muss den Entwicklungen in der Arbeitswelt
11 schnell folgen können. Hierzu gehört nicht nur die technische Ausstattung, sondern auch die
12 Weiterqualifizierung des Personals. Zu diesem Zweck soll eine enge Kooperation zwischen
13 den berufsbildenden Schulen, der Wirtschaft und den Kammern hergestellt werden. Dadurch
14 soll eine bessere Nutzung der personellen und technischen Ressourcen erreicht werden. Junge
15 Menschen müssen im Berufsschulunterricht mit der Technik und Methodik vertraut gemacht
16 werden, die ihnen auch im Betrieb zukünftig begegnet.
17 Schulträger und Berufsschulen sollen stärker als bisher in Abstimmung mit der Wirtschaft
18 ihre Bildungsschwerpunkte festlegen können. Nur so kann auch sachgerecht auf die
19 besonderen Verhältnisse im ländlichen Raum zeitnah und nachfrageorientiert reagiert werden.
20 Dies gilt insbesondere für die beruflichen Wahlschulen, die orientiert an der wirtschaftlichen
21 Entwicklung in einer Region errichtet werden sollen.

22
23
24 • **Mehr Eigenverantwortung für Schulen**

25 Um die Eigenverantwortlichkeit der Schulen und Bildungseinrichtungen zu stärken, müssen
26 sie überall in die Lage versetzt werden, ihre Sachmittel in einem zugewiesenen Budget
27 eigenständig zu verwalten und eigene Schwerpunkte zu setzen. Dabei ist natürlich auch
28 entscheidend, dass künftig Überschüsse von einem Jahr auf das darauf folgende Jahr
29 übertragen werden können. Der Einsatz der Mittel soll durch ein kaufmännisches
30 Management in den Schulen geregelt werden, das von der pädagogischen Schulleitung zu
31 trennen ist. So wird sichergestellt, dass die Anforderungen unmittelbar erkannt werden und
32 mit größtmöglicher Kompetenz bewältigt werden. In Zeiten knapper Kassen sollten Schulen
33 die Möglichkeiten erhalten, sich verstärkt um Drittmittel zu bemühen. Daher bekennen sich
34 die Freien Demokraten zu ihrer Forderung nach klaren rechtlichen Rahmenregeln für ein
35 möglichst effektives Schul sponsoring. Die Schüler sollten bei diesem Prozess und bei der
36 Auswahl der Unternehmen einbezogen werden, um gleichzeitig den kritischen Umgang mit
37 Werbung zu erlernen.
38 Für den Schulbau muss die demografische Entwicklung berücksichtigt werden, in zahlreichen
39 Fällen sind neue Schulentwicklungspläne zu aktualisieren. Oftmals wird Bestandssanierung
40 Vorrang vor Neubau haben.

41
42
43 • **Schulsozialarbeit**

44 Zahlreiche Schülerinnen und Schüler erfahren zerrüttete Familienverhältnisse und verlieren
45 soziale Bindungen. Ihre spätere Entwicklung ist besonders gefährdet. Deshalb sollten diese
46 Jugendlichen so früh wie möglich durch eine Schulsozialarbeit begleitet werden. Wichtig ist
47 für uns Liberale dabei, dass zum Beispiel in Mediatorenprogrammen (Ausbildung von
48 sogenannten „Streitschlichtern“) konsequent der Weg „Hilfe zur Selbsthilfe“ gegangen wird,
49 um Schüler selbst in die Lage zu versetzen mit Konflikten in ihrem unmittelbaren
50 Lebensumfeld umzugehen. Es ist wesentlich wirksamer und kostengünstiger, Jugendliche in
51 dieser frühen Entwicklungsphase zu stabilisieren, als bei späteren Fehlentwicklungen

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

- 1 aufwendigste Maßnahmen der Jugend- und Sozialhilfe einzusetzen. Hierbei sollte die
- 2 Partnerschaft mit Jugendorganisationen und Einrichtungen der Jugendarbeit gesucht werden.
- 3 Es ist eine zentrale Aufgabe, den benachteiligten Jugendlichen eine Chance zur Ausbildung
- 4 und zum Berufseinstieg zu bieten. Hierfür ist in hohem Maße Kooperationsgeist gefordert.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

Hochschulen als Motoren der Zukunftssicherung

Hochschulen sind „Motoren“ unserer Zukunftssicherung, Garanten der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und zugleich Keimzellen der regionalen wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung und daher auch für die Kommunen von hoher Bedeutung. Sie gehören zu den größten und krisenbeständigsten Arbeitgebern an ihren Standorten. Um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen zu verbessern, hat die FDP ein Hochschulfinanzierungsprogramm für Rheinland-Pfalz in Höhe von 100 Millionen Euro jährlich – ohne Erhöhung der Neuverschuldung des Landes – vorgeschlagen.

Soweit die Kommune ein Hochschulstandort ist, ist sie im Rahmen ihrer planungsrechtlichen und finanziellen Möglichkeiten gefordert, den Hochschulen ein Umfeld zu bieten, das sie in ihrer Entwicklung weiter fördert.

Die FDP fordert daher, dass

- besondere Aufmerksamkeit der Integration der Lehrenden, Studierenden und Mitarbeiter der Hochschulen in das kommunale Leben gewidmet wird. Kreativität bei der kommunalen Gestaltung der Lebensbindungen der Hochschulangehörigen muss sich in guten ÖPNV-Anbindungen und attraktivem Wohnraum und Bauland in Campusnähe für Mitarbeiter und Lehrende niederschlagen. Kultur und Sport sind wichtige Brücken um die Integration der Studierenden an den jeweiligen Standorten zu verbessern.
- zwischen den Universitäten und Fachhochschulen und ihren Standorten eine stärkere Vernetzung erfolgt, denn gemeinsame Projekte und der Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen und Hochschulen sind ebenso wichtig wie der Ergebnistransfer in die lokale Wirtschaft.

LIBERALE RECHTS- UND INNENPOLITIK

Die Rechts- und Innenpolitik hat für die FDP einen besonders hohen Stellenwert. Die FDP ist die Partei der Bürgerrechte. Liberale Politik sieht in der engagierten Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger auf kommunaler Ebene ein unverzichtbares Element der Demokratie. Deshalb ist die FDP seit jeher dafür eingetreten, dass staatliche Bevormundung zurückgedrängt und der unmittelbare Einfluss des Einzelnen in der Gemeinde gestärkt wird. Zahlreiche Forderungen der FDP sind umgesetzt worden:

- Bei Kommunalwahlen kann der Wähler zwischen den Kandidatinnen und Kandidaten verschiedener Listen auswählen und zusätzlich mehrere Stimmen auf einzelne Kandidatinnen und Kandidaten häufen (Panaschieren und Kumulieren). Damit hat der Bürger bessere Einflussmöglichkeiten auf die Zusammensetzung der Kommunalparlamente.
- Bürgermeister, Landräte, Ortsvorsteher und Ortsbeiräte werden direkt gewählt.
- Hauptamtliche Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer gemeindeeigener oder gemeindebestimmter Wirtschaftsunternehmen dürfen nicht Mitglieder des sie kontrollierenden Kreis-, Stadt- oder Gemeindeparlaments sein.
- Bürgerbegehren und Bürgerentscheide wurden auf kommunaler Ebene eingeführt.
- Die Möglichkeiten zu einem Einwohnerantrag (früher: Bürgerinitiative) sind erleichtert worden.

Die FDP hält an ihrer Forderung fest, wonach hauptamtlich tätige Bürgermeister und Beigeordnete nicht Mitglieder des Kreistags und des Bezirkstags des Bezirksverbandes Pfalz sein sollten.

Stärkung der Bürgerbeteiligung

Gleichwohl gilt es, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, auch im nicht politischen Bereich, weiter zu stärken und durchzusetzen, dass

- beim Bürgerbegehren der Katalog der „wichtigen Angelegenheit der Gemeinde“ erweitert wird.
- die Anzahl der erforderlichen Unterstützerunterschriften für Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gesenkt wird.
- neue Kommunikationstechnologien bei der Stimmabgabe bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben verstärkt genutzt werden können.
- sachkundige Bürgerinnen und Bürger noch mehr als bisher in den Ausschüssen der Kreis-, Stadt- und Gemeindeparlamente mitarbeiten (können).

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51

Effiziente Justiz

Der Zugang der Bürgerinnen und Bürger zur Justiz ist ein wichtiger Teil bürgernahe Politik. Jeder Einwohner unseres Landes muss in der Lage sein, orts- und zeitnah eine Entscheidung über seine rechtlichen Probleme zu erhalten. Die Staatsanwaltschaften und Gerichte in Rheinland-Pfalz arbeiten sehr effektiv. In manchen Bereichen ist eine weitere Spezialisierung zu prüfen:

- Alle rheinland-pfälzischen Gerichtsstandorte müssen erhalten bleiben. Die demographische Entwicklung darf nicht als Begründung für den Rückzug aus der Fläche herangezogen werden.
- In allen Oberzentren, die Sitz einer Staatsanwaltschaft sind, sollen Häuser des Jugendrechts eingerichtet werden.

Sensibler Umgang mit Bürgerdaten

Die FDP fordert, dass die Rechte auf informationelle Selbstbestimmung und die Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme im Bereich des öffentlichen und nicht-öffentlichen Datenschutzes umfassend geachtet werden.

So ist dem Grundsatz der Datensparsamkeit strikt Rechnung zu tragen und es dürfen nur die Daten erhoben werden, die zur Aufgabenerfüllung notwendig sind.

Bei weiteren datenschutzrechtlichen Regelungen im öffentlichen und im nicht-öffentlichen Bereich fordert die FDP die größtmögliche Transparenz und Überprüfbarkeit der Verarbeitungsprozesse, damit die Beteiligten eigenverantwortlich über ihre Daten bestimmen können.

Innere Sicherheit

Die Gewährleistung Innerer Sicherheit ist ein wesentliches Ziel liberaler Politik. Bürgerinnen und Bürger wollen ohne Furcht vor Gewalt und Verbrechen leben können. Die FDP wird sich weiterhin dafür einsetzen, ein hohes Maß an Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und die gute Aufklärungsquote der Polizei auszubauen. Damit ist Rheinland-Pfalz eines der sichersten Bundesländer. Maßgeblich hierfür sind insbesondere die nachhaltigen Verbesserungen in der Inneren Sicherheit und bei der Polizei, die weitestgehend von der FDP durchgesetzt wurden.

In den nächsten Jahren muss jedoch noch mehr für die innere Sicherheit getan werden.

Deshalb fordert die FDP,

- die Entlastung der Beamten von polizeifremden, insbesondere polizeiinternen Verwaltungsaufgaben konsequent fortzusetzen ohne jedoch sicherheitsrelevante Bereiche zu vernachlässigen,
- weitere Angestellte einzustellen, um Polizeibeamte weiter von sachfremden Aufgaben zu entlasten,
- die Polizeidienststellen weiterhin in der Fläche zu erhalten,

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

- 1
- 2 • die Zahl der Polizisten in Rheinland-Pfalz bei mindestens 9000 zu erhalten,
- 3
- 4 • eine sichtbare Präsenz der Polizei auf den rheinland-pfälzischen Straßen zu gewährleisten,
- 5 um Sicherheit zu gewährleisten und Kriminalität verhindern und effektiver bekämpfen zu
- 6 können,
- 7
- 8 • im Interesse einer wirksamen Strafverfolgung die Möglichkeiten des elektronischen
- 9 Datenaustausches im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zwischen Polizei und
- 10 Staatsanwaltschaft auch länderübergreifend vermehrt zu nutzen,
- 11
- 12 • notwendige Spezialisierungen fortzuführen und zeitnah auf gesellschaftliche
- 13 Veränderungen zu reagieren,
- 14
- 15 • die Polizeiausstattung quantitativ und qualitativ weiter zu verbessern,
- 16
- 17 • die Fuß- und Fahrradstreifen weiter zu vermehren um den direkten Bürgerkontakt
- 18 herstellen und pflegen zu können
- 19
- 20 • verstärkt Streifen- und Kontrollgänge durch kommunale Vollzugsbeamte durchzuführen,
- 21 bei Bedarf auch gemeinsam mit der Polizei,
- 22
- 23 • den Wachdienst und Objektschutz, soweit möglich, von teuer ausgebildeten Polizeikräften
- 24 auf kostengünstigere Privatunternehmen zu übertragen,
- 25
- 26 • weitere kommunale Räte für Innere Sicherheit und Prävention (zusammengesetzt aus
- 27 interessierten Bürgern, Geschäftsleuten, Vertretern der freien Jugendverbände,
- 28 Jugendgruppen, Kirchen und Schulen einerseits sowie Vertretern der örtlichen Polizei-,
- 29 Sozial- und Jugendbehörden andererseits) zu gründen, die vorbeugend die
- 30 Sicherheitsprobleme, den Vandalismus und die Verwahrlosung öffentlicher Räume auf
- 31 gemeindlicher Ebene erörtern und Lösungen entwickeln,
- 32
- 33 • polizeiliche Erkenntnisse zur Verhinderung von Kriminalität verstärkt in die
- 34 Bauleitplanung einfließen zu lassen, um zu verhindern, dass die Kriminalität zunimmt.
- 35 Gerade schlecht einsehbare und sparsam beleuchtete Unterführungen, Parkplätze und
- 36 Tiefgaragen, aber auch große Wohnhäuser und –siedlungen sind einer großen
- 37 Kriminalitätsbelastung ausgesetzt und insofern zu vermeiden;
- 38
- 39 • wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um insbesondere die Innenstädte sauber zu halten,
- 40 weil eine saubere Stadt eine signifikant positive Wirkung auf das subjektive
- 41 Sicherheitsempfinden der Bürger entfaltet.
- 42
- 43
- 44

Verantwortung für Tiere als Mitgeschöpfe

45 Die FDP hat dafür gesorgt, dass im Bürgerlichen Recht die formale Gleichstellung von Tieren
46 mit Sachen beseitigt wurde. Jetzt formuliert das Tierschutzgesetz als Grundsatz in § 1
47 ausdrücklich, dass es Zweck des Gesetzes sei, „aus der Verantwortung des Menschen für das
48 Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen ...“ und verbietet unter § 3
49 „ein im Haus, Betrieb oder sonst in der Obhut des Menschen gehaltenes Tier auszusetzen oder
50

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 es zurückzulassen, um sich seiner zu entledigen oder sich der Halter- oder Betreuerpflicht zu
2 entziehen.“

3
4 Wie weit Gesetz und Lebenswirklichkeit auseinanderklaffen, erfahren wir täglich aus den
5 Medien.

6
7 Viele Menschen setzen sich meist im Ehrenamt für den Tierschutz ein, wenden viel Zeit,
8 Mühe und Arbeit auf und nehmen häufig auch berufliche oder soziale Nachteile in Kauf.
9 Tierschützer und Tierschutzorganisationen müssen in und von den Kommunen unterstützt
10 werden.

11
12 Die FDP fordert:

- 13
- 14 • Kommunen müssen verpflichtet werden für ordnungs- und artgemäße Verwahrung von
15 Fundtieren zu sorgen. Sie müssen nachweisen, ob und wie sie das tun. Ist die
16 Unterbringung von Fundtieren im Ort nicht möglich oder vertretbar, soll ein
17 Fundtierverschungsvertrag mit einem Tierheim abgeschlossen werden.
18
 - 19 • Tierschutzvereine und Tierheime sollten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben auch dadurch
20 unterstützt werden, dass ihnen großzügig und unbürokratisch die Möglichkeit eingeräumt
21 wird für sich zu werden: Zum Beispiel durch Veröffentlichungen im Amtsblatt und/oder
22 mit Informationsständen auf kommunalen Flächen. Darüber hinaus soll eine
23 „Tierschutzstunde“ in Kinderbetreuungseinrichtungen abgehalten werden.
24
 - 25 • Der Kleintierverkauf (Hamster, Meerschweinchen, Mäuse etc.) im Handel muss verstärkt
26 auf Gesundheit der Tiere und Sauberkeit kontrolliert werden.
27 In Baumärkten sollten keine Haustiere verkauft werden um Spontankäufe nicht zu
28 fördern: Kleintiere sind weder Spielzeug noch Wegwerfartikel.
29

30 **Die FDP bittet alle Bürgerinnen und Bürger darum, im Rahmen ihrer Möglichkeiten**
31 **Verantwortung für Tiere als Mitgeschöpfe zu übernehmen.**

LIBERALE KULTURPOLITIK

Die soziale und integrative Funktion der Kultur garantiert den Bestand einer Gesellschaft. Ein reiches, vielfältiges Kulturleben ist bedeutsamer Gradmesser für die Lebensqualität. Liberale Kulturpolitik ist seit jeher offen für neue Wege und Ideen. Gleichzeitig gilt es ererbtes Kulturgut sinnvoll zu bewahren und zu vermitteln. Das kulturelle Leben, ein breit gefächertes Angebot an Aktivitäten und Einrichtungen, zählt zu den „weichen Standortfaktoren“ und beeinflusst die Ansiedlung von Menschen und Unternehmen. Für den Tourismus sind Kulturangebote notwendige Voraussetzung.

Dabei gehen die Liberalen immer vom subsidiären Charakter des öffentlichen Kulturschaffens aus. Kulturförderung soll großzügig sein, aber möglichst wenig reglementiert werden. Die Unabhängigkeit künstlerischen und kulturellen Schaffens darf durch öffentliche Zuwendungen nicht eingeschränkt werden. Doch für die FDP ist auch klar: Finanzielle Förderung ist Anshub für bürgerliches Engagement, nicht dessen Ersatz. Gemeinden, Städte und Landkreise haben auch die Aufgabe, Kunst und Kultur fest etablieren zu helfen und zur Verstetigung beizutragen. Förderstrukturen brauchen transparente Richtlinien, die auch den Wettbewerb zulassen. Die Kommunen sind zusätzlich gefordert auch im Bereich Kunst und Kultur bürokratische Hemmnisse abzubauen und lokalen Bündnissen mit Kultur offen und unterstützend entgegenzukommen.

Deshalb fordert die FDP, dass

- die kommunale Kulturarbeit aufgrund der Finanznot der Kreise und Gemeinden nicht zuallererst gestrichen wird.
- öffentlich finanzierte Einrichtungen der Kommunen keine Konkurrenz zu Einrichtungen in freier Trägerschaft sein dürfen.
- Anreize für die verstärkte private Kulturförderung in den Kommunen geschaffen werden.
- sich die Kommunen für die Stärkung einer qualitätvollen „freien Szene“ einsetzen.
- die Unterstützung der Musikerziehung und Musikausübung durch das effizienteste Angebot, ob in privater oder kommunaler Trägerschaft, gewährleistet ist.
- attraktive, zeitgemäße Möglichkeiten für kulturelle Aktivitäten von Jugendlichen, etwa durch die Bereitstellung von Proberäumen, auf unbürokratische Weise geschaffen werden.
- die Kultur und Vereinsförderung integraler Bestandteil der Kommunalpolitik ist und die örtlichen Heimat-, Brauchtums-, Geschichts-, Kunst-, Musik- und Theatervereine Unterstützung finden, genauso wie Kulturprojekte in Jugendhäusern, Kirchen und in der Seniorenarbeit. Die Basis dafür sind freiwillige Leistungen der Gemeinde ebenso wie ehrenamtliches Engagement und Kultursponsoring.
- das Lesen gefördert und als grundlegende Kulturtechnik besondere Beachtung erfährt, wobei die Zusammenarbeit der Schulen und ihrer Bibliotheken mit den öffentlichen und kirchlichen Büchereien unerlässlich ist.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

- 1 • viele Ausstellungsmöglichkeiten für zeitgenössische bildende Kunst geboten werden und
2 die „Kunst am Bau“ bei der Erstellung kommunaler Bauten gute Praxis bleibt. Dies
3 gelingt am besten, wenn Künstler und Künstlerinnen bereits während des Bauprozesses
4 beteiligt werden.
5
- 6 • die Zielsetzung des Denkmalschutz- und Denkmalpflegegesetzes einschließlich der
7 archäologischen Denkmalpflege auch von den Kommunen konsequent verfolgt wird.
8
- 9 • Bibliotheken, Archive und Akademien mehr als bisher Teil des öffentlichen Lebens
10 werden, auf vielfältige Nutzungsmöglichkeiten geachtet wird und Barrierefreiheit
11 selbstverständlich ist.
12
- 13 • im Programm der Volkshochschulen die Bereiche Bildende Kunst, Theater, Film und
14 Multimedia mehr Beachtung finden.
15
- 16 • regionalspezifische Medienangebote, wie z.B. die offenen Kanäle unterstützt, aber auch
17 effizienter gestaltet werden.
18
- 19 • die Werbung der Kreise und Kommunen im Internet – etwa zum Zwecke der
20 Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings – auch als Plattform für kulturelle
21 Angebote und das Serviceangebot von Vereinen und Initiativen genutzt werden kann und
22 erhalten bleibt.
23
- 24 • sich auch in der Kulturarbeit verstärkt regionale Kooperationen herausbilden. Vor allem
25 auf Gemeinde- und Kreisebene führt die Bündelung und Konzentration von Fördermitteln
26 und deren gemeinsame Verwaltung zu einem effizienteren Mitteleinsatz. In den
27 Grenzregionen ist dies auch grenzübergreifend anzustreben.
28
- 29 • im Rahmen der institutionellen Förderung von Theatern erhöhte Fördermittel zur
30 Verfügung gestellt werden.
31

LIBERALE GESELLSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

In den Kommunen sind die Auswirkungen der Sozialpolitik unmittelbar und von essentieller Bedeutung. Liberale Sozialpolitik will den Kern unserer Sozialsysteme erhalten. Durch die demographische Entwicklung und die immer noch hohe Arbeitslosigkeit sind die Sozialsysteme jedoch in ihrer derzeitigen Form ineffizient und nicht zukunftsfest. Sie müssen daher zwingend neu strukturiert werden, auch um den kommunalen Etats zukünftig wieder Gestaltungsspielräume zu lassen.

Bedürftigen muss auch weiterhin geholfen werden. Demjenigen, der seine Arbeitskraft noch einsetzen kann und es in der Regel auch möchte, muss eine an den individuellen Chancen orientierte Förderung zukommen. Wer Arbeit hat, muss finanziell besser gestellt sein als derjenige, der Sozialhilfe empfängt. Leistung muss sich aus finanzieller und gesellschaftlicher Sicht wieder lohnen.

Weil für die Liberalen der eigenverantwortliche Mensch die Grundlage politischen Handelns ist, stärkt liberale Sozialpolitik die Hilfe zur Selbsthilfe und gibt Eigenverantwortung Vorrang vor kollektiver Rundumversorgung.

Arbeitsmarktpolitik/Hartz IV/Freiwilliges soziales Engagement/Selbsthilfe

... unter Berücksichtigung der Überforderung vieler kommunaler Haushalte aufgrund hoher Sozialleistungen.

Deshalb fordert die FDP

- alternativ zum bestehenden Steuer- und Sozialtransfersystem die Einführung einer Kombination von Bürgergeld und steuerlicher Flattax mit folgenden politischen Zielen:
 - Verknüpfung des Steuersystems mit dem Sozialsystem zur Schaffung eines bürokratiearmen Verwaltungsinstrumentes
 - Schaffung eines transparenten und einheitlichen Transfersystems anstelle einer unübersichtbaren Zahl sozialpolitischer Einzeltransfers, die allein durch ihre Komplexität und Intransparenz Ungerechtigkeiten mit sich bringen.
 - Zahlung eines Grundeinkommens für jeden bedürftigen Bürger im Sinne einer negativen Einkommensteuer, statt bedingungsloser Grundeinkommen.
 - Attraktivität des Hinzuverdienstes und Sicherung des Lohnabstandgebotes gerade bei niedrigen und mittleren Einkommen.
- eine Generalinventur der bestehenden Sozialtransfersysteme mit dem Ziel einer verbesserten Abstimmung sozialpolitischer Maßnahmen auf den unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlicher Trägerschaft. Wo immer möglich, sollen wettbewerbliche Strukturen zur Effizienzsteigerung verhelfen.
- eine liberale Bürgergesellschaft aufzubauen durch verstärkte Wahrnehmung von Eigenverantwortung der Menschen.

Da die Durchsetzung eines solchen zukunftsweisenden Systems durch die FDP kurzfristig nicht erzwungen werden kann, stellen wir an die bestehenden Sozialsysteme folgende Forderungen:

- Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, die Aufnahme von Arbeit deutlich attraktiver zu machen, als den Bezug entsprechender Sozialleistungen.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

- 1
- 2 • Im Falle von Arbeitsverweigerungen muss von der Möglichkeit zur finanziellen
- 3 Abstufung stärker als bisher Gebrauch gemacht werden.
- 4
- 5 • Ergänzend zur staatlichen Arbeitsvermittlung sind private Arbeitsvermittlungen in
- 6 unterschiedlicher Trägerschaft unter wettbewerblich fairen und gleichberechtigten
- 7 Bedingungen zu ermöglichen.
- 8
- 9 • Vor dem Hintergrund der gesunkenen Arbeitslosigkeit müssen organisatorische
- 10 Maßnahmen ergriffen werden, um die Betreuungsrelation von Arbeitsvermittlern zu
- 11 Arbeitsuchenden zu verbessern, um so die Vermittlungsquote zu erhöhen.
- 12
- 13 • Aus- und Weiterbildung sowie Qualifikationsmaßnahmen bei Arbeitslosen vor allem im
- 14 ALG II Bezug, müssen stärker als bisher auf die tatsächliche Verbesserung der Chancen
- 15 auf dem Arbeitsmarkt ausgerichtet werden.
- 16
- 17 • Vor allem in den Bereichen niedriger Einkommen und niedriger mittlerer Einkommen
- 18 muss die Steuer- und Abgabenlast soweit vermindert werden, dass der Lohnabstand zum
- 19 ALG II System sichergestellt wird. Vor allem in Großstädten liegt das
- 20 Nettolohnäquivalent im ALG II Bezug durch die hohen Leistungen für Kosten der
- 21 Unterkunft derzeit oft höher als die Nettolöhne unterer und mittlerer
- 22 Einkommensgruppen.
- 23
- 24 • Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II
- 25 muss statt der Mischverwaltung von Kommunen und Arbeitsverwaltung (ARGEN) eine
- 26 Stärkung der Stellung der Kommunen erfolgen. Die Entscheidung des
- 27 Bundesverfassungsgerichts zur Reform der ARGEN weist in die gleiche Richtung. Gerade
- 28 die Kommunen sind durch ihre Kenntnis lokaler und regionaler Besonderheiten befähigt,
- 29 Arbeitslose in den Arbeitsmarkt vor Ort zu integrieren.
- 30
- 31 • Im Rahmen der Reform der Hartz IV-Verwaltungen muss eine weitere
- 32 Verwaltungsvereinfachung erfolgen, um von der Leistungsbewilligung bis zur
- 33 Transparenz der Bescheide die Nachvollziehbarkeit für die Betroffenen zu erhöhen.
- 34
- 35 • Arbeitsverwaltung und Kommunen müssen ihrer Verpflichtung zur Vermittlung in Arbeit
- 36 dabei in stärkerem Maße nachkommen als bisher. Die Aufgabenwahrnehmung im
- 37 Rahmen der Arbeitsvermittlung muß deutlich stärker als bisher subsidiär auf kommunaler
- 38 Ebene wahrgenommen werden. Dies auch zu Lasten der nach wie vor bestehenden
- 39 zentralistischen und überbürokratischen Bundesagentur für Arbeit
- 40
- 41 • Die Konkurrenz von 1-Euro-Jobs zum ersten Arbeitsmarkt muss durch die im Gesetz
- 42 geforderten Beiräte wirkungsvoll verhindert werden.
- 43
- 44 • Einen ständigen Ergebnisvergleich bezüglich Verwaltungseffizienz und
- 45 Vermittlungserfolgen zwischen den einzelnen ALG II Verwaltungen zur Beurteilung der
- 46 jeweiligen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Ergebnisqualität.
- 47
- 48 • Zumindest für einen Zeitraum von ca. 3 Jahren soll die öffentliche Hand durch
- 49 Übernahme der entsprechenden arbeits- und sozialrechtlichen Risiken die
- 50 Beschäftigungshindernisse für Menschen mit Behinderungen kompensieren. Aus Mitteln
- 51 der Schwerbehindertenausgleichsabgabe soll das Land in Kooperation mit den

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 Kommunen und entsprechender Trägergesellschaften ein System solcher arbeits- und
2 sozialrechtlicher Gewährträgerschaft installieren.

- 3
- 4 • Im Bereich sozialer Brennpunkte hinsichtlich Unterschichtbildung, Ghettoisierung,
5 Kriminalität und Kindsvernachlässigung dringend untereinander abgestimmte
6 Schwerpunktaktivitäten der Kommunen. Hierbei ist die Zusammenarbeit der Kommunen,
7 insbesondere mit den Kirchen, Vereinen, freigemeinnützigen Organisationen und
8 ehrenamtlichen Strukturen anzustreben.
- 9

Freiwilliges soziales Engagement und Selbsthilfe

10
11 Eine liberale Bürgergesellschaft braucht das Engagement von Bürgern und Bürgerinnen in
12 Familie, Nachbarschaft, Vereinen, Initiativen, Kirchen und anderen gesellschaftlichen
13 Organisationen. Die FDP erkennt diese gesellschaftliche Arbeit mit großer Wertschätzung an.
14

15
16 Ziele liberaler Kommunalpolitik sind dabei:

- 17
- 18 • die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Ausüben des Ehrenamtes
19 durch Qualifizierung, Anleitung und Vereinfachung von Verwaltungsvorschriften (z. B.
20 im Rahmen der Betreuung und der Besuchs- und Begleitdienste),
21
 - 22 • die Vereinfachung der zurzeit sehr bürokratischen Differenzierungen bei den steuerlichen
23 Pauschalen für ehrenamtliche Tätigkeit,
24
 - 25 • die Zusammenführung engagierter, zur Hilfe bereiter Bürger mit Hilfe Suchenden in
26 entsprechenden Anlaufstellen,
27
 - 28 • die Unterstützung für Selbsthilfegruppen, die sich dauerhaft durch Eigeninitiative und
29 Eigenverantwortung auszeichnen. Diese Unterstützung soll aber zeitlich begrenzt und eng
30 am notwendigen Bedarf orientiert gewährt werden, damit der Charakter einer privaten
31 Initiative gewahrt bleibt;
32
 - 33 • Entwicklung von Motivations- und Bonussystemen zum Aufbau eines umfassenden
34 Systems bürgerschaftlichen Engagements jenseits der Erwerbsarbeit. Auf die Entwicklung
35 und den Ausbau ehrenamtliche Systeme auf Gegenseitigkeit ist dabei eine besondere
36 Aufmerksamkeit zu legen.
- 37
38

Suchtbekämpfung

39
40 Nach wie vor spielen Missbrauch und Abhängigkeiten von legalen und illegalen Drogen
41 sowie Spielsucht eine bedeutende Rolle in unserer Gesellschaft. Neben den oft tragischen
42 individuellen Schicksalen sind enorme volkswirtschaftliche Lasten zu beklagen. Die
43 Einhaltung von gesetzlichen Schutzbestimmungen obliegt auch den Kommunen. Sozialarbeit
44 als Prävention muss ausgebaut werden.
45

46 Trotz aller Prävention können Abhängigkeiten nicht in jedem Fall verhindert werden. Analog
47 der Prävention müssen daher Behandlungskonzepte vor allem die berufliche, soziale und
48 gesellschaftliche Integration junger Menschen in den Mittelpunkt stellen, um auch hierdurch
49 Perspektiven aufzeigen und Wege einschlagen zu können, die ein selbstständiges und
50 selbstbestimmtes Leben ermöglichen.
51

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 Deshalb fordert die FDP:

- 2
- 3 • präventive Maßnahmen bezogen auf alle Altersgruppen und alle Missbrauchs – und
- 4 Abhängigkeitsmuster;
- 5
- 6 • lokale Netzwerke zur erfolgreicherer, abgestimmten Steuerung von
- 7 Behandlungsmaßnahmen;
- 8
- 9 • schnittstellenübergreifende Interventions- und Behandlungskonzepte zur Vermeidung von
- 10 gravierenden Folgeschäden (Herausfallen aus beruflichen sowie sozialen Bezügen) sowie
- 11 einer Verbesserung integrativer Maßnahmen (schulische und berufliche Qualifikation);
- 12
- 13 • sektorenübergreifende Maßnahmekataloge (Krankenkassen, Rentenversicherungsträger,
- 14 Kommunen, Arbeitsagentur) u.a. auch zur effektiveren wirtschaftlichen Nutzung der
- 15 Budgets der Sozialversicherungsträger;
- 16
- 17 • Eigeninitiative der Betroffenen durch ein angemessenes “Fördern und Fordern“.
- 18
- 19
- 20

Familie und Jugendgerechtigkeit

Mündige Familie als Keimzelle der freiheitlichen Gesellschaft

24 Trotz Wandels des Familienbildes hält die FDP an ihrer klassischen Definition fest. Familie
25 als Keimzelle unserer Gesellschaft zu schützen und zu erhalten, ist eine der Hauptaufgaben
26 des Staates und letztlich die Garantie für seinen Bestand. Das liberale Familienleitbild steht
27 für eine eigenständige Verantwortungsgemeinschaft in der Kinder zu mündigen Bürgern
28 heranwachsen können.

29 Liberale Familienpolitik kennzeichnet sich nicht durch den untauglichen Versuch, durch
30 Vollversorgung des Sozialstaates den Verzicht auf Eigenverantwortung des Einzelnen zu
31 bewirken und schleichend eine weitgehende Entmündigung seiner Bürgerinnen und Bürger
32 einzuleiten. Die Herrschaft über die Familie gehört nicht in die Hände des (Sozial)-Staates.
33 Tausende von Hartz IV- Familien sind bereits chancenlose Opfer dieser falschen Politik.

35 Die FDP setzt auf eine eigenständige Wahlfreiheit der Familien, wie sie ihren Alltag gestalten
36 möchten. Der Staat hat lediglich die notwendigen familien- und kinderfreundlichen
37 Rahmenbedingungen durch eine familienfreundliche Kultur und Infrastruktur sowie durch
38 eine familiengerechte Arbeitswelt und finanzielle Ausgleiche zu sorgen.

40 Um Familien Wahlfreiheit zu gewährleisten, ist vorrangig ein schnellerer Ausbau der
41 Kindertagesbetreuung unerlässlich. Das ist eher zu erreichen, wenn eine Senkung der Kosten
42 für die Öffentliche Hand durch private Initiativen wie Elterngruppen, privat gewerbliche
43 Angebote oder die Betriebe zugelassen werden. Hier sollen alle Vergünstigungen gelten, die
44 für Existenzgründer bereits heute vorgesehen sind, z.B. Investitionszulagen oder günstige
45 Darlehen der KfW. Bürokratische Hemmnisse, zur Zulassung müssen abgebaut werden.
46 Das FDP-Sofortprogramm, das die Liberalen im März 2007 in den Bundestag eingebracht
47 haben, sieht vor, das Angebot für Kinder unter drei Jahren bis zum 31. Dezember 2008 auf
48 500.000 Plätze bundesweit auszuweiten.

49 Steuerliche Entlastung, statt Zuweisung von staatlichen Mitteln, stärken die
50 Eigenverantwortung und Unabhängigkeit der Eltern. Deshalb tritt die FDP dafür ein, das

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1 steuerfreie Existenzminimum von Kindern zu erhöhen und Betreuungskosten bis zu einer
2 Höhe von 12.000 Euro jährlich als Sonderausgaben von der Steuer abzusetzen.

3 .
4 Die FDP strebt eine Familienpolitik an, die auf folgenden Grundsätzen beruht:

- 5
- 6 • Wahlfreiheit der Lebensgestaltung;
- 7 • Freiraum für die Lebensgestaltung;
- 8 • Eigeninitiative und private Organisation vor staatlicher Regelung;
- 9 • gleiche Teilhabe von Frauen und Männern;
- 10 • Chancengerechtigkeit der Jugendlichen.

Kinder- und Jugendpolitik

11
12 Die Gemeinde sollte sich durch eine möglichst wohnortnahe Versorgung mit Kindergärten
13 und Grundschulen auszeichnen. Dabei sollten diese Einrichtungen über ein optionales
14 ganztägiges Betreuungsangebot verfügen. Sollte aus Kostengründen keine Einrichtung in der
15 Gemeinde vorgehalten werden können, so ist ein Bustransfer sicherzustellen.

16
17 Ebenso sollte eine wohnortnahe Versorgung mit Spielplätzen gewährleistet sein. Bei deren
18 Ausstattung sollten die unterschiedlichen Altersgruppen, wie etwa Kleinkinder, berücksichtigt
19 werden. Um Vandalismus an Spielplätzen entgegenzuwirken, sollten Nachbarn als
20 Spielplatzpaten gewonnen werden.

21 Um Konflikten mit Jugendlichen, wenn diese sich etwa auf Spielplätzen oder an
22 Bushaltestellen aufhalten, vorzubeugen, sollten den Jugendlichen Möglichkeiten (etwa
23 Jugendräume) gegeben werden, in denen sie ihre Freizeit verbringen können. Auch bei der
24 Aufstellung von Bebauungsplänen sollten die Interessen von Kindern und Jugendlichen
25 größere Beachtung finden.

26 Kindern und Jugendlichen sollten einen eigenen Ansprechpartner in der Gemeinde haben, der
27 in Form eines Jugendbeauftragten, am besten aus der Mitte des Gemeinderates, gewählt
28 werden sollte. Dieser sollte neben einem regelmäßigen Kontakt zu den Jugendlichen auch bei
29 Beschlüssen des Gemeinderates insbesondere die Interessen der Jugendlichen im Auge haben
30 (siehe auch Seite 9, Beteiligung von Jugendlichen in der Politik).

Gesundheit und Pflege

31
32
33 Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Grundbedürfnis aller Bürger. Dieses Grundbedürfnis
34 ist jedoch nur zu erhalten bei einem gut funktionierenden System, in dem die Menschen
35 (Patienten und Leistungsanbieter), die Gesundheitsstrukturen (Praxen, Krankenhäuser,
36 Pflegeeinrichtungen etc.) und die zahlenden Strukturen (Versicherungen und staatlich
37 zahlende Einrichtungen) in einem ausgewogenen Dreieckssystem bleiben bei einem gesunden
38 Maß an Eigenverantwortung. Kein Gesundheitssystem ist in der Lage Leistungen zu
39 erbringen, welches es finanziell nicht tragen kann. Politik und Versicherungen sollten dafür
40 Sorge tragen, dass die Ausgewogenheit hergestellt und erhalten wird. Es ist sicherzustellen,
41 dass die finanzielle Unterdeckung gestoppt wird.

42
43
44 Eine verlässliche Versorgung kranker Menschen in Krankenhäuserpraxen und anderen
45 Gesundheitseinrichtungen zählt zu den zentralen Aufgaben kommunaler Daseinsvorsorge.
46 Liberale Gesundheitspolitik verfolgt dabei vor allem die Ziele:

- 47
- 48 • Freie Wahl von Behandler und Behandlungseinrichtung
- 49 • Medizinischer Fortschritt
- 50 • Zumutbare Entfernungen zu Praxen und Krankenhäusern auch in den ländlichen
51 Regionen unsere Landes

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

- Langfristige Sicherung der medizinischer Versorgung trotz ungünstiger demografischer Entwicklung

Die derzeitige Verfassung des Gesundheitssystems erreicht diese Ziele nur noch unvollkommen. Sie ist in den rheinland-pfälzischen Kommunen geprägt von:

- zunehmendem Ärztemangel in den ländlichen Regionen des Landes
- Unterfinanzierung der Krankenhäuser
- Inattraktivität des Arztberufes und zunehmender Probleme bei medizinischen Dienstleistern (z. B. Sanitätshäusern und Zahntechnikerhandwerk)
- unaufhaltsam weiter steigenden Beiträgen und Zuzahlungen von Versicherten und Patienten

Die FDP tritt seit Jahren dafür ein dieser Probleme durch einen grundsätzlichen Umbau des Gesundheitssystems zu lösen. Im Zentrum der liberalen Vorstellungen stehen dabei Eigenverantwortung und Wettbewerb zur Sicherung eines solidarischen und sozialen Gesundheitssystems.

Eine Abkehr von der bisherigen Umlagefinanzierung und der Pflicht zur Versicherung für jedermann sind ebenso Konstruktionsmerkmale der FDP-Vorstellungen wie die Steuerfinanzierung von versicherungsfremden Leistungen und familienpolitisch begründeten Unterstützungen. Ein weiterer Baustein besteht im Umbau des anonymen und bürokratielastigen Sachleistungssystems zum Kostenerstattungssystem, bei dem jeder Patient die volle Kostenkontrolle über die erbrachten Leistungen behält.

Im Übrigen würden solche Reformen den Gesundheitsbereich insgesamt zu einer zukunftssicheren Wachstumsbranche machen, die Vorort hochwertige Arbeitsplätze sichert und aufbaut und dabei gleichzeitig die umfassende Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz gewährleistet.

Pflege- und Hospizversorgung

Ältere, pflegebedürftige und sterbende Menschen brauchen eine intensive Zuwendung. Diese kann nur gewährleistet werden, wenn sie wohnungsnah stattfindet. Diese Hilfe muss auf den bedürftigen Menschen zugeschnitten werden und darf nicht von bürokratischen Zwängen, die zeit- und kostenintensiv sind, zweckentfremdet werden.

Die entstehende Pflege – sowohl physisch wie auch psychisch – ist nicht nach bürokratischen Vorgaben scheinbarweise zu erbringen und anschließend zu addieren, sondern es müssen Zuwendungen an einen mündigen ganzen Menschen sein.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die FDP setzt sich ein

- für den freien mündigen Mensch bzw. Patient;
- für eine freie Berufsausübung der Leistungserbringer im Gesundheitswesen;
- für eine Entlastung der Kosten der Krankenversicherung durch Streichung von fremden Leistungen (Zuschüsse aller Art, Wegfall der MwSt., usw.);
- für eine Grund-Pflichtversicherung, welche nach persönlichen Bedürfnissen und eigenen Entscheidungen ergänzt werden kann;
- für den Erhalt einer den Menschen in den Mittelpunkt stellende Gesundheitsfürsorge, unabhängig von Alter und Bedürftigkeit des Betroffenen, wobei die Wohnortnähe stets gegeben sein muss.
- für den Erhalt einer Gesundheitsfürsorge auf der Grundlage der aktuellsten wissenschaftlichen Erkenntnisse.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

Liberaler Integrationspolitik

Wie Deutsche und Zugewanderte miteinander auskommen, wie Migrantinnen und Migranten hier leben und integriert sind und welchen Rechtsstatus sie genießen, ist von maßgeblicher Bedeutung für den Zusammenhalt, den inneren Frieden und die Toleranz in unserer Gesellschaft. Liberale Kommunalpolitik ist in ihrem Kern Integrationspolitik. Sie wendet sich gegen die Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen und gegen die Bildung von Teilgesellschaften. Dabei begreift die FDP Integration als einen kontinuierlichen gesellschaftlichen Prozess, bei dem die staatlichen Ebenen die integrationsfördernden Rahmenbedingungen setzen müssen.

Integration ist kein müheloser Prozess, er verlangt nach dem Grundsatz von „Fördern und Fordern“ sowohl Anstrengungen von den Einheimischen als auch von den Zugewanderten und ihren Familienangehörigen die Bereitschaft und das aktive Bemühen, Integrationsangebote anzunehmen.

Aufgabe und Ziel liberaler Integrationspolitik ist es, den Zuwanderern eine gleichberechtigte Teilnahme am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben auf Basis der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes zu ermöglichen.

Integration ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, bei der die Politik die Rahmenbedingungen setzt.

Ob Integration erfolgreich ist oder nicht, entscheidet sich letztlich in den Städten und Gemeinden. Integrationspolitik ist Sozialpolitik, sie ist aber auch Teil einer vorausschauenden Entwicklungspolitik.

Die FDP setzt sich deshalb durch ihre Verantwortlichen dafür ein, dass

- die kommunalen Anlaufstellen für Migrantinnen und Migranten besser vernetzt werden und Unterstützung erfahren.
- der Abbau von Abwehrhaltungen bei einem Teil der einheimischen Bevölkerung durch Möglichkeiten für Begegnungen und gegenseitiges Kennenlernen erfolgen kann.
- die Vermittlung interkultureller Kompetenz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung durch Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote ermöglicht wird.
- der Staat die religiöse Neutralität auf der Grundlage der Landesverfassung wahrt. Dazu gehört auch der Verzicht auf politische, religiöse oder weltanschauliche Bekundungen, soweit sie geeignet sind, das Neutralitätsgebot gegenüber Schülerinnen und Schülern oder deren Eltern zu beeinträchtigen. Indoktrination darf an rheinland-pfälzischen Schulen und Kindertagesstätten keinen Platz haben.

Die Landesverfassung enthält klare Regelungen über die Mitwirkung der Kirchen und Religionsgemeinschaften bei der Erziehung der Jugend, die sich in Praxis bewähren. Sollte sich in Zukunft herausstellen, dass die bisherigen Regelungen nicht ausreichen um das Neutralitätsgebot sicherzustellen, fordert die FDP eine gesetzliche Klarstellung im Sinne der Landesverfassung.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

- 1 • Sprachförderung der Migrantenkinder in Kindertagesstätten - unter Einbeziehung der
- 2 Landesangebote - erfolgt.
- 3
- 4 • ein kommunales Integrationskonzept erstellt wird.
- 5
- 6 • das interkulturelle Lernens ist in allen Bereichen der Bildung gestärkt wird. Die
- 7 Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse muss erste Priorität behalten. Ziel darf dabei
- 8 nicht die Verdrängung der Muttersprache sein.
- 9
- 10 • Zugewanderte verstärkt ermutigt werden, an der Arbeit in kommunalen Gremien,
- 11 Ausschüssen und Parteien teilzuhaben.
- 12
- 13 • Patenschaften angeregt und unterstützt werden und das ehrenamtliches Engagement
- 14 integrierter und neuer Bürger gestärkt wird, auch durch Anerkennung deren Leistungen.

Gesellschaftliche Teilhabe und Gleichstellung

Art. 3 Abs.2 des Grundgesetzes bestimmt: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt". Mit dieser Festschreibung ist nicht gesagt, dass die Gleichberechtigung in allen wirtschaftlichen und sozialen Bereichen verwirklicht ist. Tatsächlich sind heute junge Frauen in Bildung und Ausbildung vorn, in der Bezahlung und in den beruflichen Aufstiegschancen aber nicht. Gleichzeitig geben 85% aller jungen Frauen auf die Frage, was ihnen im Leben wichtig sei, an erster Stelle finanzielle Unabhängigkeit an. Der hohe Stellenwert, den die finanzielle Unabhängigkeit für Frauen einnimmt, wird die Bereitschaft der jungen Frauen zur Familienarbeit künftig belasten.

- Die FDP wird sich entschieden für eine Politik einsetzen, die es möglich macht, die de jure gegebene Gleichheit der Geschlechter in Beruf und Familie auch zu leben. Angesichts der demografischen Entwicklung im gesellschaftlichen Bereich und in der Arbeitswelt ist es dringend geboten, die persönlichen und fachlichen Kompetenzen von Frauen zu nutzen.
- Familienarbeit, die Tätigkeit im sozialen und erzieherischen Bereich wie auch der ehrenamtlich-soziale Aufgabenbereich müssen unter gesellschaftlichen wie auch finanziellen Aspekten so attraktiv ausgestaltet werden, dass beide Geschlechter gleichermaßen die Bereitschaft zeigen, sich zu engagieren und Funktionen zu übernehmen. Gleichstellungspolitik muss dafür Rahmenbedingungen schaffen und für Akzeptanz sorgen.

Finanzielle Aspekte und Anreize sind in diesem Zusammenhang zwar wichtig, dürfen aber nicht allein im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Darüber hinaus bedarf Familienarbeit der sichtbaren gesellschaftlichen Anerkennung.

- Gleichstellungspolitik für Mann und Frau ist eine Querschnittsaufgabe und hat Schnittstellenfunktion. Vor allem bei Menschen mit Migrationshintergrund bedeutet Gleichstellung auch gesellschaftliche Integration.
- Maßnahmen im kommunalen Bereich sind grundsätzlich in ihren Auswirkungen auf Gleichstellung zu prüfen. Dieser Grundsatz ist bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen.
- Darüber hinaus müssen weiterhin gezielt Maßnahmen getroffen werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere auch für Alleinerziehende zu ermöglichen. So haben zum Beispiel gegenwärtig Alleinerziehende mit zwei Kindern ein statistisch vierfach höheres Armutsrisiko als eine Familie mit zwei Kindern.

Die jüngsten Untersuchungen ergaben, dass nicht die Frage, ob ein Elternteil zuhause bleibt, über den Erfolg des Bildungsweges der Kinder entscheidet, sondern dass hier vielmehr die soziale Herkunft eine Rolle spielt, und dass Kinder berufstätiger Frauen hervorragende Leistungen erbringen können.

Die FDP setzt sich daher für flexible, am Bedarf orientierte Angebote für alle Altersstufen ein. Dazu gehören Betriebskindergärten, private Betreuungsinitiativen, ausreichende Tagespflege- und -betreuungsplätze wie auch ein freiwilliges Ganztagsangebot.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

- 1 • Die FDP setzt sich für einen Ausbau und eine Stärkung bestehender Beratungsangebote
2 und deren Förderung und Begleitung auf dem Weg zu einer finanziellen Unabhängigkeit
3 von öffentlichen Mitteln im Sinne der Subsidiarität ein.
4
- 5 • Die FDP setzt sich ferner für eine verstärkte Nutzung von bestehenden
6 Bildungsnetzwerken ein, um Qualifikation und beruflichen Wiedereinstieg zu fördern.
7
- 8 • Im Sinne der Gleichstellung gilt es auch, Frauenförderung kritisch zu betrachten. Den
9 Mädchen werden im Erziehungs- und Bildungsbereich Angebote in Fülle gemacht und
10 ihre spezifischen Kulturtechniken und Verhaltensweisen werden vielfältig honoriert,
11 entsprechende jungenspezifische Angebote existieren bisher noch kaum. Hilfsnetzwerke
12 für Frauen existieren in vielfältiger Form, solche für Männer kaum. Frauen haben gelernt,
13 Hilfen anzunehmen und für sich zu nutzen, Männer sind dazu weniger in der Lage. In dem
14 Maße, in dem Frauen Mut zu Bewerbungen entwickeln, ziehen manche Männer sich
15 zurück und fühlen sich gegenüber Frauen benachteiligt. Hier für Ausgleich zu sorgen ist
16 Aufgabe jeder modernen Gesellschaftspolitik.

LIBERALE SPORTPOLITIK

Sport im Schnittpunkt

Der Sport ist die größte Massenbewegung in Deutschland; den Vereinen und Sportverbänden gehören viele Millionen Bürger an. Sportpolitik ist in den vergangenen Jahrzehnten ein wichtiger eigenständiger Politikbereich geworden. Sie darf dabei nicht isoliert gesehen werden, vielmehr gibt es Verbindungen zu den meisten Politikbereichen, insbesondere zur Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik.

Die Bedeutung sportlicher Betätigung wächst aufgrund der zunehmenden Bewegungsarmut in der technisierten Gesellschaft und der gleichfalls zunehmenden Freizeit und wegen des demographischen Wandels und der Zunahme der Lebenserwartung weiter an.

Vorrang für Eigeninitiative im Sport

Für Liberale hat die Eigeninitiative auch im Sport Vorrang. Vielfältige Leistungen werden hier bereits durch Bürger, Vereine und Sportverbände erbracht. Von den Gemeinden erwarten wir in diesem Bereich

- die Schaffung besserer Rahmenbedingungen,
- die Förderung der Aktivitäten der Vereine,
- Verbesserung der Freizeit- und Ferienangebote in enger Kooperation mit Vereinen,
- den Vorrang des Sports für Alle bei Unterstützungsmaßnahmen,
- die Aufnahme auch kommerzieller Sportangebote in zentrale Informationen und Beratungen.

Sport in der Gemeinde

Auch wenn die Förderung des Sports und der Sportvereine haushaltsrechtlich „freiwillige Leistungen“ sind, ist Sport aus Sicht der FDP als eine Kernaufgabe kommunaler Politik zu betrachten.

Lebenslange sportliche Betätigung ist für körperliche und geistige Entwicklung mitentscheidend.

- Sport hilft, die eigene Lebenssituation besser zu bewältigen,
- Sport hilft, die persönliche Gesundheit, Lebensfreude und Leistungsbereitschaft zu erhalten,
- Sport hilft, die Freizeit sinnvoll zu gestalten,
- Sport hilft, faire Lebensweisen und Toleranz zu lernen,
- Sport im Verein hilft, Teamgeist zu entwickeln und sich als Individuum in eine Gemeinschaft zu integrieren.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51

Sport und Jugend

Jugendarbeit im Sport ist Jugendpolitik im besten Sinne. Der Schulsport ist unverzichtbarer Teil der Erziehung. Er muss vor Rückschritten bewahrt und weiter gestaltet werden.

- Zur Umsetzung der dritten Wochenstunde im Schulsport sollen auch verstärkt Kooperationen mit Vereinen, z.B. die gemeinsame Nutzung von Sportstätten in Betracht gezogen werden.
- Der Ausbau der Ganztagsbetreuung in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen muss mit einem Ausbau der Bewegungsmöglichkeiten einhergehen.
- Die Kooperation von Kindergarten und Schulen mit Sportvereinen ist weiter auszubauen.

Anlagen für Sport und Freizeit

- Der Erhalt der Zahl von Sport- und Spielplätzen, Freizeitanlagen, Hallen und Schwimmbädern ist in Kooperation mit den Vereinen zu sichern.
- In den Kindergärten sind die räumlichen und personellen Bedingungen für Bewegungserziehung zu schaffen.
- Die sportliche Infrastruktur der Schulen ist auf einem aktuellen Stand zu halten. Sportanlagen der Schulen sollen auch künftig für die Vereinsnutzung offen sein.
- Schulhöfe müssen bewegungs- und freizeitgerecht gestaltet und auch in der schulfreien Zeit zugänglich sein.
- Ökologischer Landschaftsschutz und Sportstättenplanungen müssen abgestimmt sein.
- Sportlärm darf nicht dem Gewerbelärm gleichgestellt werden. Über die Schaffung eigener Richtwerte für den Sport muss ermöglicht werden, dass Sportanlagen auch abends und sonntags genutzt werden können.

Förderung der Sportvereine

Sportvereine bilden die Kernzellen der sportlichen Betätigung und sind wichtige Maschen im sozialen Netz der Bevölkerung. Sie bieten umfangreiche sportliche Betätigungsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsschichten und Interessen an. Sie sind das Ergebnis der Eigeninitiative und des Engagements freier Bürger. Diese Eigeninitiative gilt es künftig noch konsequenter und nachhaltiger zu unterstützen und zu stärken. Dies gilt insbesondere beim Bau, beim Erhalt und der Modernisierung vereinseigener Sportanlagen.

Die FDP fordert

- den Vereinen weiterhin die kommunalen und staatlichen Sportstätten kostenlos zu überlassen,
- die weitere Entlastung der Breitensport und Jugendarbeit fördernden Vereine von Steuern und Abgaben,

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48

- die finanzielle Unterstützung der Vereine bei Unterhalt und Modernisierung der vereinseigenen Sportanlagen,
- die Unterstützung der Vereine bei der Förderung des Leistungssports im Jugendalter.

Förderung des Ehrenamtes

Sport in Vereinen und Verbänden ist ohne das dauerhafte Engagement vieler ehrenamtlich engagierter Bürger nicht möglich. Dieses gilt es künftig noch konsequenter zu unterstützen, zu erhalten und zu stärken.

Die FDP fordert

- eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Ehrenamt. Diese Tätigkeit darf nicht durch bürokratische Hindernisse erschwert werden. Sie verdient jede erdenkliche Unterstützung;
- die steuerliche Anerkennung für im Ehrenamt anfallende Ausgaben;
- die finanzielle Unterstützung ehrenamtlich engagierter Bürger durch die Kommunen (z.B. durch Reduzierung von Eintrittsgeldern und Gebühren bei Schwimmbädern, Büchereien, Museen, Konzerten).

Demographischer Wandel

Die Zusammensetzung und Struktur der Bevölkerung wird sich in den kommenden Jahrzehnten dramatisch verändern. Hiervon ist auch der Sport in besonderer Weise betroffen. Immer weniger Kinder werden in die Vereine drängen, immer häufiger werden Angebote für ältere Nutzergruppen nachgefragt werden. Sport kann hier einen wesentlichen Beitrag zu mehr Lebensqualität und Gesundheit leisten. Der absehbare Wandel ist aktiv vorzubereiten, Schritte zur Bewältigung der hierdurch entstehenden Herausforderungen sind einzuleiten.

Die FDP fordert, dass

- Kommunen und Sportvereine gemeinsame Planungen einleiten um dem demografischen Wandel Rechnung zu tragen,
- kommunale Stellen und Sportvereine beim Aufbau sportlicher Angebote für ältere Mitbürger eng zusammenarbeiten,
- die Kommunen Sportstätten entsprechend den Anforderungen des demographischen Wandels umbauen,
- die Kommunen die Vereine bei den erforderlichen baulichen und programmatischen Veränderungen von Vereinsanlagen unterstützen.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

1

2 Sport gegen Gewalt

3 Die Chancen des Sports präventiv zu wirken, werden in einer Gesellschaft, in der die
4 Gewaltbereitschaft steigt, zunehmend wichtiger. Oft haben Aggressivität und
5 Gewaltbereitschaft ihre Ursachen gerade darin, dass vielen Jugendlichen Gelegenheiten zum
6 Austoben, zu Risiko und Abenteuer, zum Erproben der eigenen Fähigkeiten und zur
7 Selbstbewährung fehlen. Hier kann der Sport kompensatorische Angebote bereitstellen.

8

9 Die FDP fordert, dass

10

11 • unter Einbeziehung aller Sportanbieter vermehrt Anstrengungen unternommen werden
12 sozial benachteiligten Gruppen Sportangebote zu machen,

13

14 • die Sportförderung verstärkt für Initiativen zur Gewaltbekämpfung genutzt wird.

15

16

17 Integration durch Sport

18 Im Sport können wesentliche Voraussetzungen für das Zusammenleben in unserer
19 Gesellschaft erworben werden. Hierzu gehören vor allem die freiwillige Einordnung in eine
20 Gemeinschaft, die Einhaltung von Regeln und die kontrollierte Konfliktlösung. Die direkte
21 Begegnung im Sport kann dazu beitragen, Vorurteile abzubauen, Menschlichkeit und
22 Solidarität zu stärken. In einem Land, in dem Menschen mit unterschiedlichster nationaler
23 und kultureller Identität leben, fördert der Sport die Integration unserer zugewanderten
24 Mitbürgerinnen und Mitbürger.

25

26 Die FDP fordert deshalb

27

28 • die Einbeziehung des Sports beim Aufbau sozialer Netzwerke,

29

30 • die Durchführung spezieller, auf die Eingliederung von zugewanderten Mitbürgern
31 abgestimmte Sportprojekte.

32

KOMMUNALE SENIORENPOLITIK - SELBSTBESTIMMT LEBEN IM ALTER

Der demographische Wandel wird den Anteil der über 60-Jährigen in den Städten und Gemeinden in den kommenden Jahren stark erhöhen. Die Kommunen sind immer mehr von den Veränderungen der Bevölkerungsentwicklung betroffen. Sie stehen zunehmend im Wettbewerb um neue Einwohner. Stadt- und Gemeindeentwicklung kann sich nicht mehr auf einen „seniorengerechten“ Ausbau und Neubau von Quartieren beschränken. Weit im Vorfeld von speziellen Unterstützungssystemen besteht die gemeinsame Aufgabe darin, zu überlegen, wie man auch bei geringerer Mobilität den Alltag in dem angestammten Lebens- und Wohnumfeld gestalten kann. Insbesondere Städte bieten viele Vorteile für ältere Menschen; vor allem ermöglichen urbane Lebensformen durch ihre Vielfalt selbstbestimmte soziale Kontaktmöglichkeiten.

Wissen, Erfahrung und Leistungsbereitschaft der Älteren sind unverzichtbare Ressourcen. Die Gesellschaft kann es sich nicht leisten, dieses Potenzial brach liegen zu lassen. Die meisten Seniorinnen und Senioren sind aktiv und wollen gemeinsam mit den jüngeren Generationen die Zukunft gestalten.

Zu den Zielen der Seniorenpolitik gehört die Gestaltung von Rahmenbedingungen für ein würdevolles Alter derart, dass Seniorinnen und Senioren nach den persönlichen Möglichkeiten und Vorstellungen eigenverantwortlich und selbstbestimmt ihr Leben gestalten können.

Die FDP fordert deshalb,

- das Thema Leben und Wohnen im Alter auf die Agenda kommunaler Selbstverwaltung zu stellen.
- die Anliegen der älteren Menschen mit Priorität bei den kommunalpolitischen Entscheidungen zu berücksichtigen.
- kommunale Entscheidungen unter dem Aspekt zu fällen, dass im Alter eine möglichst lange selbstständige Lebensführung gewährleistet ist. Dazu gehört die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen, insbesondere in der Gesundheitsversorgung, sowie die Sicherung des Zugangs zur Teilhabe am öffentlichen Leben.
- städtebauliche Konzepte zu fördern, die der Verödung der Innenstädte entgegenwirken, damit diese insbesondere für Familien und Senioren attraktiv bleiben.
- betreutes Wohnen, Initiativen für neue Wohnformen und Wohnangebote und ambulant betreute Wohngruppen auszubauen.
- die Beteiligungsrechte von älteren Menschen weiter zu verbessern und ihre Kompetenzen und Erfahrungen bei der Gestaltung des gemeinschaftlichen Lebens in den Kommunen zu nutzen.
- die Bildung und Mitwirkung von Seniorenbeiräten als Soll-Bestimmung in die Gemeindeordnung aufzunehmen. Diese müssen uneingeschränktes Auskunftsrecht erhalten und sollten öffentlich tagen.

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

- 1 • den Seniorinnen und Senioren Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie sich im Rahmen ihrer
2 gesamtgesellschaftlichen Verantwortung ehrenamtlich, freiwillig und
3 generationenübergreifend sowie selbstorganisiert in den Kommunen einsetzen können.
4
- 5 • Infrastrukturen und Anlaufstellen zur Erleichterung des ehrenamtlichen Engagements
6 Älterer aufzubauen. In dem Zusammenhang ist auch zur Erhaltung der Selbstständigkeit
7 die Einrichtung von Informations- und Hilfebörsen wichtig, um z.B. gesellschaftliche
8 Mitwirkungsmöglichkeiten, Weiterbildung, Internetkenntnisse, Freizeitaktivitäten und
9 Gesundheitsvorsorge zu unterstützen.
10
- 11 • Initiativen im ländlichen Raum zu fördern, die es älteren und mobilitätseingeschränkten
12 Menschen ermöglicht, ihre Einkäufe durch abrufbare Transportmöglichkeiten selbst
13 erledigen zu können.
14
- 15 • dem Sicherheitsbedürfnis älterer Menschen Rechnung zu tragen. Dazu sind sie in
16 kommunalen Beiräten für Kriminalprävention zu beteiligen.
17

E-GOVERNMENT ALS TREIBER FÜR VERWALTUNGSMODERNISIERUNG UND BÜROKRATIEABBAU

Unsere Verwaltungen nutzen viel zu wenig die modernen Informationstechnologien (IT) um „backstage“ die notwendigen Verwaltungsaufgaben besser und effizienter erledigen zu können. Mit dem verstärkten Einsatz von mehr IT in der Verwaltung wird dem Bürger und der Wirtschaft rund um die Uhr die Möglichkeit eröffnet mit der Verwaltung zu kommunizieren und ein hohes Einsparpotenzial an Verwaltungskosten kann sowohl intern als auch extern erzielt werden.

Deshalb fordert die FDP:

- die Zusammenarbeit von Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen auf „Shared-Service“-Plattformen (diese Dienstleistungszentren machen im Auftrag der angeschlossenen Gemeinden für diese die Buchhaltung und/oder die Gehaltsabrechnung);
- eine Konzeption und einen verbindlichen Zeitplan zur Einführung von E-Government;
- ein „Change-Management“ von der derzeitigen Verwaltungs- und Organisationsform zur Online-Verwaltung;
- die Einrichtung eines Steuerungs- und Informationssystems, um die Kommunikationsprozesse innerhalb der Verwaltung zu erleichtern und informationstechnisch zu optimieren;
- die Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung durch mehr IT-Einsatz;
- die elektronische Belegerfassung, Verarbeitung und Speicherung der Verwaltungsunterlagen zur Aufbewahrung (Einscannen der Belege und die elektronische Be- und Verarbeitung);
- die digitale Personalakte in der Verwaltung für eine effizienteres Personalmanagement.

Um die elektronische Kommunikation mit dem Bürger und der Wirtschaft zu ermöglichen und hohe Synergiepotenziale in Wirtschaft und Verwaltung zu erschließen, fordert die FDP:

- die schnelle Einführung der elektronischen Signatur;
- die Einführung von Online-Anwendungen bei Bauplänen und die Online-Anmeldung bei der KFZ-Zulassung;
- die Online-Unterstützung von Beteiligungsprozessen in der Stadt- und Verkehrsplanung;
- die elektronische Abwicklung der rechtlich vorgeschriebenen Beteiligungen der Öffentlichkeit an Planungen;
- die elektronische Beschaffung von Büromaterial sowie die e-Vergabe;

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

- 1 • die Zusendung von Rechnungen mit Einverständnis des Bürgers auf elektronischem Wege
2 (E-Rechnung) und die Möglichkeit seine Verbindlichkeiten (z.B. die Grundsteuer,
3 Wasser- und Stromrechnungen, Müllgebühren, etc.) auch elektronisch (E-Payment) zu
4 begleichen (sofern dafür keine Einzugsermächtigung erteilt werden soll).
5
- 6 • die Einrichtung eines Online-Portals beispielsweise für die Beantragung von Wohngeld
7 und für Baustellengenehmigungen.
8
- 9 • die Einrichtung von Ratsinformationssystemen unter flächendeckendem Ausbau der
10 Breitbandtechnologien. Sichere Virtual Private Networks (VPN) in den kommunalen
11 Verwaltungen sollen den Mandatsträgern externen Zugriff auf Protokolle, Unterlagen oder
12 Anträge ermöglichen. Gleichzeitig sollten die VPN genutzt werden können, damit
13 Mitarbeiter der Verwaltungen vom Home Office aus arbeiten können. Dies dient der
14 Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Reduzierung von Bürokosten.
15
16

RECHTE DER KOMMUNEN IN EUROPA STÄRKEN

Die europäische Gesetzgebung bestimmt schon heute die Arbeit der Gemeinden, Städte und Landkreise in vielen Bereichen. Viele Richtlinien und Verordnungen, die von Kommission, Parlament und Ministerrat beschlossen werden, haben Auswirkungen auf unsere Kommunen und belasten sie mit zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen. Deshalb sollten die Kommunen an Brüsseler Entscheidungen stärker beteiligt werden.

Die Liberalen treten dafür ein, dass das Recht der kommunalen Selbstverwaltung auch auf europäischer Ebene gewahrt wird.

Deshalb fordert die FDP:

- die verstärkte Beachtung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts bei allen Rechtsetzungen der EU, wie es im Vertrag von Lissabon ausdrücklich vereinbart wurde,
- die Sicherstellung des Handlungs- und Entscheidungsspielraums der Kommunen bei Erbringung, Organisation und Vergabe von Leistungen der Daseinsvorsorge - Gas, Strom, Wasser, ÖPNV - ,
- die Darstellung der administrativen und finanziellen Folgen für die Kommunen bei jedem Rechtsakt der EU,
- einen regelmäßigen Dialog zwischen EU-Kommission und Kommunalen Spitzenverbänden, um deren Sachkompetenz bereits in die Gesetzesvorschläge der EU-Kommission einzubringen,
- eine verstärkte Interessenwahrnehmung im Ausschuss der Regionen der EU durch Erhöhung der Zahl deutscher kommunaler Vertreter im Rahmen des bestehenden Kontingents,
- eine Beteiligung der Kommunen am innerstaatlichen Verfahren der Subsidiaritätsprüfung bei jedem EU-Rechtsakt,
- die Berücksichtigung der Besonderheiten des ländlichen Raums durch die EU-Gesetzgebung,
- die Einrichtung von Ausschüssen für Europafragen in den Kommunen, die ihre Aufgabe in Zusammenarbeit mit den Fachausschüssen wahrnehmen.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Gemeinden, Städte und Landkreise die grenzüberschreitende Zusammenarbeit intensivieren und in den grenznahen Gebieten des Landes verstärkt von den Möglichkeiten Gebrauch machen, die das Grundgesetz der grenzüberschreitenden Verbesserung der kommunalen Infrastruktur eröffnet. Die Kommunen sollten hierzu die Kontakte nutzen, die Rheinland-Pfalz in der Oberrheinregion und in Saar-Lor-Lux mit den Nachbarstaaten unterhält.

Städtepartnerschaften sind nach wie vor Keimzellen der europäischen Integration. Deshalb sollten die Landkreise, Städte und Gemeinden verstärkt die persönlichen Beziehungen fördern, die in den Bereichen Kultur, Bildung, Wissenschaft und Sport die Grundlage für ein

Programm der FDP Rheinland-Pfalz zur Kommunalwahl 2009

Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag am 6. Dezember 2008 in Ransbach-Baumbach

- 1 Europa der Bürger bilden. Dazu gehören Vereinspartnerschaften und alle Kontakte, die sich
- 2 aus den Partnerschaften und Freundeskreisen des Landes Rheinland-Pfalz z. B. mit der
- 3 Region Burgund, mit der Woiwodschaft Oppeln und mit Mittelböhmen für die rheinland-
- 4 pfälzischen Kommunen ergeben.
- 5